

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mf. 2,50.

### Inhalt:

<b>Kapital und Wissenschaft</b> . . . . .	Seite 257
<b>Wirtschaftliche Rundschau</b> . . . . .	261
<b>Arbeiterbewegung.</b> Gewerkschaftliche Rück- blicke. II. — Der freie Samstag. Mittag. — Aus den deutschen Gewerkschaften.	261
<b>Kongresse.</b> II. Verbandstag des Centralver- bandes der Dachdecker Deutschlands . . . . .	266
<b>Lohnbewegungen und Streiks.</b> Die Tarifbewegung	

der Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — Eine neue Protest- streifbewegung in Rußland.	Seite 269
<b>Andere Organisationen.</b> Der zweite Streich . . . . .	271
<b>Mitteilungen.</b> Umnützungsbewegung (Anträge). Der Centralverband der Hausangestellten Deutschlands. — Für die Verbandserpetitionen . . . . .	272

Hierzu: **Literatur-Beilage Nr. 4.**

### Kapital und Wissenschaft.

Es gibt seit etwa einem Jahrzehnt eine volkswirtschaftliche Richtung, die ihr wissenschaftliches Rüstzeug in den Bureaus und Archiven der Unternehmer, in erster Linie der Großindustriellen sammelt und ihre Aufgabe in der Interessenvertretung und Weichrauchspendung für königliche Kaufleute und Industriekapitäne erblickt. Diese „Wissenschaft“ hat schon derart Schule gemacht, daß großindustrielle Unternehmungen es für gar keine so unnütze Kapitalanlage erachten, eigene literarische Bureaus zu unterhalten und sich wissenschaftlich gebildete Leute für diese Abteilungen zu engagieren. Prof. R. Ehrenberg brachte im Jahrgang 1903 des Thünen-Archiv mit dem Untertitel „Organ für exakte Wirtschaftsforschung“ eine eingehende Darstellung eines solchen von den Krupp-Werken ins Leben gerufenen Bureaus, dessen wissenschaftliche Aufgabe darin bestand, alle literarischen über die Familie Krupp, die Lebensläufe ihrer Mitglieder, Ehrungen, Titel und Orden, insbesondere über Alfred Krupp als Metallurgist und Hüttenmann, Maschinenkonstrukteur, Geschäftskonstrukteur, Baumeister, Kaufmann, Organisator, Gastfreund, Wohltäter, Kunstfreund, seinen Gemeinsinn usw., ferner über die Entwicklung der verschiedenen Kruppischen Unternehmungen, Konkurrenzverhältnisse, Beamten- und Arbeiterfragen, Wohlfahrtspflege usw. zu sammeln und der exakten Wirtschaftsforschung zur Verfügung zu stellen. Das letztere geschieht selbstverständlich nur gegenüber solchen Wissenschaftlern, die für die allerloyalste Benutzung und Verwertung solcher großindustrieller Forschungsergebnisse die weitgehendste Gewähr bieten, wie etwa Gelehrte, die der Schule der exakten Wirtschaftsforschung des Prof. Ehrenberg nahestehen. Diejenigen Wissenschaftler indes, die Wert auf ihre völlige Unabhängigkeit legen, bedanken sich natürlich für derartige industrielle Unterstützung der Wissenschaft und ziehen es vor, mühsam im Schweige ihres Angeichts selbst die Tatsachen zu sammeln und zu sichten, die sie für die Begründung ihrer volkswirtschaftlichen Lehren als wichtig und notwendig erachten.

Zu den letzteren gehörte vor sechs Jahren auch Prof. Ludwig Bernhardt, damals noch in Posen tätig, der auf der Jenerer Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses (1906) zur Frage des gesetzlichen Maximalarbeitstages sprach. Dr. W. Harms hatte als Referent die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit erwachsener Männer in hygienisch einwandfreien Betrieben verneint. In der Diskussion höhnte Prof. L. Bernhardt weidlich über den großen sozialpolitischen Fortschritt, der nach 80 Jahren Industriezeitalter die epochemachende Entdeckung gemacht habe, daß ein aus-geschlafener Mensch mehr arbeiten könne, als ein müder. Von größerem Interesse aber sind seine Ausführungen über die „unheimliche Macht des Kapitals“. Er erklärte:

„In den modernen Bankbilanzen, einem distreten Institut, habe ich gelernt, mißtrauisch zu sein, wenn plötzlich die Spannung verschwindet. Dann sind nämlich die Schwierigkeiten nur anders placiert. Nicht mehr Arbeitszeit und Arbeitslohn sind so sehr entscheidend, sondern die Organisation, die Verbilligung des Arbeitsprozesses, die Löhnungsmethode, die Kontrolle der Einzelarbeit. An Stelle der Brutalität ist das unheimliche Wohlwollen der Macht getreten. Der Arbeiter, der heute solch ein Aufseher wird, wird ein Lump — man braucht nicht an Bestechung zu denken, nicht einmal an Diäten, sondern nur an die unheimliche Sicherheit des Kapitals über jeden, der in seine Nähe kommt. Als den Berliner Börstanern ein Regierungskommissar eingesetzt wurde, sagte ein kluger Bankdirektor mit ruhigem Blut: „Entweder ist er dumm, dann merkt er nichts; oder wir haben endlich den Bankdirektor, den wir brauchen.“ Diesen Dingen stehen wir wortlos gegenüber. Wie soll das enden?? Ich weiß es nicht; aber eine Fragestellung ist manchmal fruchtbarer als eine definitive Antwort.“

Das war vor 6 Jahren, als sich Prof. Bernhardt noch zu den vielbefehdeten Sozialpolitikern zählte. Unterdes hat der Mann Wandlungen durchgemacht. Aus dem Sozialpolitiker wurde

höchsten Maße verwerflich. Aber wie können Sie davon als von einer „Entartung“ der Gewerksvereinsbewegung reden, angesichts der Maschinenzerstörungen, welche den Anfang der Arbeiterkoalitionen in allen Gewerben begleitet haben, angesichts der Tatsache, welche die englischen Untersuchungskommissionen über Arbeiterkoalitionen von 1824, 1825, 1838, der Bericht der National Association for the Promotion of Social Science on Trade Societies and Strikes von 1860 und vor allem die Untersuchung einer königlichen Kommission von 1867 über die Sheffielder Greuelthaten und der von 1868 über die Verbrechen in Manchester bekannt gemacht haben? Wie können Sie von den künstlichen Beschränkungen der Produktion, die sich noch heute bei vielen Gewerksvereinen finden, als von einem Zeichen beginnender Entartung reden angesichts des in den eben genannten Berichten, in meinen „Arbeitergilden der Gegenwart“ und in Webbs Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine darüber Dargelegten? Handelt es sich doch bei ihnen um nichts anderes als um das Fortwuchern einer aus der Zukunft überkommenen Politik, die zudem in den Kartellen Ihrer neuen Freunde ihre Wiederauferstehung gefunden hat. Wie ich wiederholt dargelegt habe, ist, wie der Staat nichts anderes als die Organisation eines Volks, so der Gewerksverein nichts anderes als die Organisation der Arbeiter eines Gewerbes; wie der jeweilige Kulturzustand und Charakter eines Volks sich in seinem Staate, so spiegeln sich auch im Gewerksverein Entwicklungsstufe und Charakter des Teiles der Arbeiterbevölkerung, den er umfaßt. Wo dieser hoch steht, steht der Charakter des Gewerksvereins hoch; wo er niedrig steht, niedrig. Die Organisation selbst aber hat die Wirkung, die ihr Angehörigen zu disziplinieren. Einst befanden sich auch die heute höchst stehenden Gewerksvereine auf niedriger Stufe. Damals fanden sich auch bei ihnen alle jene unerfreulichen Erscheinungen, welche man heute bei den Gewerksvereinen der erst eben in das Organisationsstadium eingetretenen Arbeiterkreise zu beklagen hat. „Dann aber,“ so schrieb ich schon vor 40 Jahren im 29. Bande der „Preussischen Jahrbücher“, „folgt ein immer besonneneres und offeneres Vorgehen der Gewerksvereine. Die verbrecherischen Mittel finden sich nur noch

als seltene Ausnahme. Es wird immer mehr Engherzigkeit in der gewerblichen Politik abgestreift. In dem Maße, in dem die Gewerksvereine mehr von der Gesetzgebung anerkannt werden, in demselben werden ihre Mitglieder disziplinierter. Der Gewerksverein entwickelt sich zu einer öffentlichen Institution, der nicht mehr zu beseitigenden Organisation der englischen Arbeiter zum Zweck der Durchführung und Aufrechterhaltung einer Ordnung, welche den gewerblichen Bedürfnissen des Mittelstandes, der Masse der Arbeiter entspricht und den intellektuellen, moralischen und sozialen Bedürfnissen derselben Rechnung trägt.“

Als vollständig schieb bezeichnet Brentano weiter die Behauptung von einem „Hineindrängen der ungelerten Massen“ in die Gewerkschaften. Die Sache sei vielmehr so, daß die Gewerkschaft nunmehr auch die ungelerten Arbeiter zu erfassen beginne, während es ein früher häufig erhobener Vorwurf war, daß sie sich nur für die Gelehrten eigne. Dann fährt Prof. Brentano in seiner Auseinandersetzung fort: „Allein Sie haben Ihre Kenntnis der „Ereignisse der letzten Jahre“ augenscheinlich lediglich aus Berichten der Arbeitgeberpresse geschöpft und jedwede Nachprüfung unterlassen, und so wiederholen Sie denn auch die Behauptung von der „bedenklich zunehmenden Selbstherrschaft der Arbeiterführer“, wie sie von denen, welchen die Organisationen unbehagen sind, nun seit ungefähr einem Jahrhundert vorgebracht werden, und sehen in ihr ein weiteres Zeichen der „Entartung“. Tatsächlich ist das Umgekehrte zu beklagen. Besteht doch gerade in dem zu geringen Maße von Selbstherrschaft der Arbeiterführer eine der Haupt Schwierigkeiten, sowohl um den Ausbruch von Arbeitseinstellungen zu hindern, als auch eingetretene zu beenden. Gerade in den letzten Wochen hat sich das wieder gezeigt. Die Arbeiterführer wären für die Beendigung des Streiks der englischen Grubenarbeiter gewesen, auch ohne daß die Minimallohnsätze, welche die Arbeiter verlangten, im Gesetz genannt wurden; aber sie wagten es nicht, ohne Befragung der Grubenarbeiter zuzustimmen oder diesen bei der Abstimmung auch nur eine bestimmte Weisung zu geben; so kam es, daß entgegen dem Wunsche

von der Streikleitung darauf hingewiesen, bei dem Abstellen mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen, so daß weder Menschen gefährdet werden noch die Betriebseinrichtungen beschädigt werden könnten. Alle Debatteredner äußerten sich unter ungeteilter Zustimmung der Versammelten in der gleichen Weise. Trotz aller Empörung über das zwiefältige Verhalten der Direktion (bei der ersten Verhandlung war sie freundlich und machte Versprechungen und bei der folgenden lehnte sie alles kurz und barsch ab) befehlte die Versammlung ein hoher stiller Ernst. Entschlossen zur Arbeitsverweigerung konnte man doch jedem einzelnen Anstand und würdige Disziplin vom Gesicht ablesen. Nach Abgabe der üblichen vorschrittsmäßigen Signale stellten sie ihre Maschinen ab und übergaben sie den Meistern. Daß die Signale ordnungsgemäß gegeben wurden, stellt auch die „Arbeitgeberzeitung“ und ihr Gewährsmann nicht in Abrede. Durch das Signalisieren resp. durch die rechtzeitig und korrekt erfolgte Warnung sollte und mußte jede Gefahr für Leben und Gesundheit der übrigen Arbeiter und jede Gefährdung des Betriebes verhütet werden. Das war der Zweck des Verfahrens und jeder Fachmann und sennet derartiger Anlagen wird darin keine Pflichtverletzung, sondern eine Pflichterfüllung erblicken. Dabei ist nun leider ein Arbeiter am Konverter tödlich verunglückt, aber nicht durch die Schuld der Streikenden, sondern nach Aussagen derselben und anderer Augenzeugen durch die Schuld anderer Leute. Durch die Signale wurden die Arbeiter an dem Konverter ebenfalls rechtzeitig gewarnt, damit auch kein vorher nicht zu übersehender Unfall eintreten könnte. Der Stiehmeister gab jedoch noch Befehl, die Stieh-

pfanne vorzudrehen und dabei geschah der bedauerliche Unglücksfall. Auf Grund dieses Ereignisses wurde die Streikleitung verhaftet, man schob ihr die Schuld an dem Unglück in die Schuhe. Sie wurde jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt, weil sich die Haltlosigkeit der Anklage herausstellte. Wir haben dazumal in der Presse und in Versammlungen die Verhaftung kritisiert und die Staatsanwaltschaft öffentlich gefragt, warum man anläßlich der früher erfolgten Unglücks- und Todesfälle keine Untersuchung einleitete und keine Anklage erhoben hat. Einige Wochen später wurde dann seitens der Staatsanwaltschaft gegen 6 Maschinenisten ein Strafverfahren eingeleitet wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, kurz darauf aber wieder eingestellt, weil sich jedenfalls die Haltlosigkeit der Anklage ergab. Trotzdem erlaubt sich die „Arbeitgeberzeitung“ zu schreiben, daß durch „verbrecherisches Vorgehen der Streikenden ein Arbeiter zu Tode gekommen ist.“

So sehen die Tatsachen aus, die Herr Prof. L. Bernhardt, gestützt auf die „exakte Wirtschaftsforschung“ einseitiger Unternehmerinteressen, als Sabotage deutscher Gewerkschaften bezeichnet. Wir können Herrn Bernhardt den Vorwurf leichtfertiger Verbreitung unwahrer Behauptungen nicht ersparen, deren Grundlosigkeit er bei einiger Vorsicht und Gewissenhaftigkeit, die auch die Kundgebungen der angegriffenen Seite prüft, wohl erkennen konnte. Wie kann ein Wissenschaftler in der Öffentlichkeit die deutschen Gewerkschaften brandmarken, ohne deren berufene Organe auch nur eines Blickes zu würdigen?

der fühne Interpret der Außenpolitik des Herrn von Bülow, der als Hochschullehrer der Berliner Universität gegen den Willen der Fakultät von oben her aufgezwungen wurde. Und kurz darauf begann auch das Hinüberwechseln ins Lager der Scharfmacherzunft. Am 24. März d. J. hielt Prof. L. Bernhardt in einer Versammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf den bereits von uns erwähnten Vortrag über „Schwerindustrie und Sozialpolitik“ (vergl. Nr. 16 d. Jg.), in dem er den deutschen Gewerkschaften verächtliche Sabotage und Entartung vorwarf, die Mentenhysterie als traurige Folgeerscheinung einer nachgiebigen Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung brandmarkte und für einen gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen eintrat. Hier erklärte Prof. L. Bernhardt:

„Auch in der Arbeiterschutzesgebung sind Zeichen der Defizienz erkennbar. Ueber-eifrige Sozialpolitiker sind am Werke, die ohne Kenntnis der Praxis neue Maßnahmen fordern, um sich den Arbeitermassen gefällig zu zeigen.“

Vergessen sind also die früheren sozialpolitischen Anwendungen, längst vergessen auch das wortlose Entsetzen vor der unheimlichen, forumpierenden Macht des Kapitals, in dessen Nähe, mitten im Kreise der kapitalistischsten aller Industriellen, Prof. L. Bernhardt heute gegen Sozialpolitik und Sozialpolitiker sein Verdammungsurteil schleudert. Während er damals von der Scharfmacherpresse angegriffen wurde, findet er heute deren ungeteiltesten Beifall. In der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ (Nr. 17) spendet ihm ein Mitarbeiter des Blattes folgendes Lob:

„Mit Recht hat der Vortragende darauf hingewiesen, daß von seiten übereifriger Sozialpolitiker ohne Kenntnis der Praxis immerfort neue Maßnahmen verlangt würden, eine Erscheinung, die nur durch die Annahme erklärbar würde, daß sich diese Politiker den Arbeitermassen gefällig zeigen wollen. Man prüfe nur einmal die einzelnen Abgeordneten auf Herz und Nieren, was sie nicht alles in der Sucht, gewählt zu werden und ihre Visitenkarten mit den Initialen „M. d. R.“ versehen zu können, während des Wahlkampfes ihren Wählern versprochen haben! „Ja, natürlich werde ich dafür eintreten und will dafür sorgen, daß Ihre Wünsche berücksichtigt werden,“ so lautet in der Regel die stereotype Antwort, die der Reichstagskandidat von der Tribüne erteilt. Daß damit in der Regel Hoffnungen erweckt werden, die sich nicht erfüllen lassen, übersehen die meisten Kandidaten. Denn ihnen schwebt als Hauptziel vor, in das Berliner Reichstagsgebäude einzuziehen und dort mit zu „regieren“. Es ist eine leichte und bequeme Sache, aus der Tasche anderer Sozialpolitik zu betreiben. Diese Methode hat zwar den Vorzug der Einfachheit, kostet aber im übrigen diejenigen nicht einen Pfennig, welche die Methode gewissermaßen als unabänderliches Dogma predigen. Prof. Bernhardt hat daher recht, wenn er die Sucht nach der Gunst der Massen als ein Unheil für unsere Sozialpolitik bezeichnet hat.“

Prof. Bernhardt hat sicherlich das Lob der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ reichlich verdient, aber in der deutschen Wissenschaft wird er wenige finden, die ihn darum beneiden. Dagegen rechnet bereits Prof. Lujo Brentano-München in der „Frankfurter Zeitung“ öffentlich mit ihm ab. In

einem „Offenen Brief“ (Morgenausgabe Nr. 117) geht er zunächst auf die sonderbare Art der Berufung Bernhardts an die Berliner Universität ein. Er habe damals gehört, daß Bernhardt deshalb ins scharfmacherische Lager übergegangen sei, weil man ihm in der wissenschaftlichen Welt die Annahme der Berliner Professur übel vermerkt habe. Brentano hat an diese Umkehr nicht glauben wollen, bis der Vortrag im Verein Deutscher Eisenhüttenleute ihn eines anderen belehrte. Auch dann habe er Prof. Bernhardt erst um eine Bestätigung des Zeitungsberichts er sucht und danach den Sonderabdruck des Vortrags aus „Stahl und Eisen“ erhalten, gewürzt mit einer gegen Brentano gerichteten Anmerkung, die, wie Brentano sarkastisch bemerkt, „Sie der Gesellschaft für exakte Wirtschaftsforschung . . . . . besonders empfehlen muß“. Ueber die persönlichen Anpassungen geht Brentano hinweg, dafür setzt er sich aber mit Bernhardt über dessen Auslassungen gegen Gewerkschaften und für Schutz der Arbeitswilligen um so gründlicher auseinander:

„Ich bin auf die Ergebnisse Ihrer Studien, welche Ihre völlige Abkehr von den früher von Ihnen vertretenen Anschauungen bewirkt haben, äußerst gespannt gewesen. Denn wenn man diejenigen mit Recht verurteilt, welche, ohne durch neue Beweisgründe dazu genötigt zu sein, ihre Meinung wechseln, so ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht, diese zu ändern, sobald neue Tatsachen sie als unhaltbar erscheinen lassen; und obwohl Sie nach dem Tone, in dem Sie es hervorheben, es mir zum Vorwurf zu machen scheinen, daß ich, als wenige Tage nach meinem Vortrag über den „Schutz der Arbeitswilligen“ zu den bisherigen Kategorien derselben eine neue, bisher noch nie dagewesene, die der Streikbrecher aus politischen Gründen, hinzukam, dies sofort anerkannt habe, bin ich fortwährend bereit, nicht nur hinzuzulernen, sondern auch umzulernen, sobald neue Tatsachen auftauchen, welche die Irrigkeit meiner bisherigen Auffassung erweisen. Aber die Ergebnisse Ihrer Studien haben mich grimmig enttäuscht. Ihr Vortrag sagt über Gewerksvereine und Arbeitswillige nichts, was Ihnen nicht schon früher bekannt gewesen wäre, zur Zeit, da Sie noch anders als heute lehrten.“

Nachdem dann Prof. Brentano nachgewiesen, daß die von L. Bernhardt so sehr betonten Ereignisse der letzten Jahre, in denen dieser eine Entartung der Gewerksvereine erblickt, etwas ganz Neues und nichts anderes als ein Durchgangsstadium der Entwicklung aller Arbeiterorganisationen sind, fährt er fort:

„Denn was Neues bringen Sie vor? Einen Fall von Sabotage in Dortmund, insofern ein Arbeiter umkam,\* und den Hinweis auf Sabotage in anderen Ländern. Sabotagen jeglicher Art sind im

\* Der Vorwurf, in einem Fall Sabotage geübt zu haben, wurde gegen den Verband der Maschinen- und Feiler in der Generalversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 1911 von Dr. Ländler erhoben, und nachdem auch in einer Bezirksversammlung der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller vom Syndikus Dr. Hoff. Das „Corr.-Bl.“ brachte in Nr. 2 dieses Jahrganges eine Widerlegung dieser Behauptungen aus der Feder des Vorsitzenden des Verbandes der Maschinen- und Feiler sowie Berufsgenossen Deutschlands, in der folgende Tatsachen festgestellt wurden:

Wie sich die Sache in Wirklichkeit abgespielt hat, werden wir hier klarlegen und stützen uns dabei auf die klaren und glaubhaften Aussagen der beteiligten Arbeiter selbst sowie auf unsere eigenen Wahrnehmungen. Als die vollständig besuchten Versammlungen beider Schichten den Streik beschloßen, weil die Direktion absolut kein Entgegenkommen zeigte, wurde

zieht, der mag seinem Schicksal folgen, — für die Wissenschaft ist er erledigt. Er darf fernerhin nicht erwarten, daß die Mitwelt seine Kundgebungen anders bewertet, als die Reden eines Kirdorf, Bueck, Beumer, Tänzer und anderer Angestellter des Großkapitals.

### Wirtschaftliche Rundschau.

#### Vergarbeiterstreiks und Kohlenproduktion, Ein- und Ausfuhr in Deutschland und England — Spirituspreise.

Der umfassendere Streik der Ruhrbergleute begann am 11. März. Der Beschluß auf Aufhebung fiel am 18. März. Vorher und vor allem nachher wird man noch einige Zeit als Periode der Nichtvollbeschäftigung ansehen müssen; aber auch dann bleibt in Deutschland lediglich der März der kritische Monat. Wie zeigt sich nun davon die Statistik der Kohlenproduktion beeinflusst?

Als Regel dürfen wir hierbei ansehen, daß jeder Monat den gleichen Monat des Vorjahres bisher ganz beträchtlich überholte. Der Februar ergab beispielsweise in ganz Deutschland folgende Ausbeute: 1911 knapp 12,67 Millionen Tonnen, 1912 über 14,64 Millionen Tonnen. Januar und Februar zusammen verzeichneten: 1911 26,20 Millionen Tonnen, 1912 29,21 Millionen Tonnen. Der Umschlag im März ist demgegenüber ganz unerkennbar. Während im Vorjahre die Steinkohलगewinnung Deutschlands 14 010 071 Tonnen betragen hatte, sank sie diesmal auf 12 811 823 Tonnen; speziell in Preußen von 13 191 307 Tonnen auf 12 088 222 Tonnen. Die Kohlenweiterverarbeitung konnte zwar von Vorräten und Lieferungen zehren, ganz ohne Rückgang blieb sie jedoch gleichfalls nicht. Die Kokerien produzierten im März des Vorjahres 2 148 817 Tonnen Stoks, diesmal immerhin nur 2 130 905 (in Preußen 2 143 111 gegen 2 119 114 Tonnen). Preßkohlen wurden aus Steinkohlen hergestellt: im März 1911 422 726 Tonnen, 1912 nur 356 336 Tonnen.

Andererseits liegt natürlich gar kein Grund vor, die Wirkung des vorübergehenden Produktionsausfalles zu überschätzen. Die zeitweise Minderausbeute wird, wie gewöhnlich, durch spätere Mehrproduktion ausgeglichen werden. Im vorliegenden Falle erst recht, weil die Einfuhr fremder Kohlen in keiner Weise zur Ausfüllung der Lücken herangezogen werden konnte. Vielmehr schrumpfte sie gleichfalls, infolge des englischen Streiks, ganz rapid zusammen; England wird auch kaum so rasch wieder voll lieferungsfähig sein, weil es zunächst seine gewaltig reduzierten heimischen Vorräte wieder aufzufüllen haben wird. Im ganzen bezog Deutschland im März 1911 788 963 Tonnen fremde Steinkohlen, 1912 nur 497 457 Tonnen, aus Großbritannien 674 992 gegen nur 373 895 Tonnen. Selbst wenn im Januar und Februar, in Erwartung des englischen Streiks, eine stärkere Vorberförgung seitens der deutschen Verbraucher von englischen Kohlen eingetreten sein sollte, bliebe für das ganze erste Quartal noch immer eine Minderzufuhr, die kaum durch spätere englische, sondern vorwiegend durch deutsche Mehrlieferung ausgeglichen werden wird (Januar 1912 gegen 1911 englische Mehreinfuhr nach Deutschland 117 836 Tonnen, Februar 7477 Tonnen, Mindereinfuhr März 301 097 Tonnen, für das ganze erste Quartal also Minderzufuhr von englischen Steinkohlen 175 784 Tonnen).

Ganz anders gestaltet sich natürlich das Bild in England selber. Hier umfaßte der Streik

offiziell 37 Tage, die Beendigung erfolgte am 7. April, der ganze März gehört demnach dem Niesenstreik an. Abschließende zuverlässige Produktionsziffern liegen leider im Augenblick noch nicht vor. Dagegen ist die Ausfuhr Großbritanniens für den Streikmonat genau zu übersehen. Nach dem Colliery Guardian gestaltete sie sich, das Vorjahr zum Vergleich herangezogen, folgendermaßen:

	März 1911		März 1912	
	Menge in Tons	Wert in Pfd. Sterling*)	Menge in Tons	Wert in Pfd. Sterling*)
Anthrazit . . . .	166 987	110 895	119 586	91 915
Reißkohle . . . .	3 928 528	1 104 644	2 289 192	763 734
Gastohle . . . . .	893 408	208 527	437 044	119 700
Gaushaltungstohle . . . .	120 736	34 331	64 765	22 283
In ganzen (einschl. anderer Sorten)	5 358 708	1 536 913	3 026 344	1 040 733
Stoks . . . . .	81 798	55 083	62 145	42 019
Preßkohlen . . . . .	140 362	63 149	97 202	49 240
Summe . . . . .	5 680 868	1 655 145	3 185 691	1 131 992

Der Menge nach zeigte also die Ausfuhr ein Gerabstürzen um 70,3 Proz., dem Werte nach um 64,4 Proz. Der Gesamtaußenhandel Englands erhielt dadurch ein vollkommen verändertes Aussehen. Während sonst zuletzt jeder neue Monat einen Rekord brachte, stieg diesmal zwar, März 1912 mit März 1911 verglichen, die englische Gesamteinfuhr dem Werte nach um 4,5 Proz., die Wiederausfuhr (also im Zwischenhandel) sogar um 18,4 Proz., die Gesamtausfuhr fiel jedoch um 0,3 Prozent (um 149 941 Pfund Sterling, also rund 3 Millionen Mark), und nur die starke Mehrausfuhr hauptsächlich von Textilwaren und Chemikalien, auch von Eisen und Stahl, von Spirituosen bewirkte, daß das Defizit noch so glimpflich ausfiel.

Da die Spirituszentrale vor ein paar Tagen abermals ihre Preise erhöhte und die Brantweinfrage auch politisch wieder eine Bedeutung erlangt hat, dürfte eine Ueberflucht über die Preisentwicklung in der laufenden Kampagne und ein Vergleich mit den Vorjahren am Platze sein. Bei Inkrafttreten des neuen Brantweinsteuergesetzes im September 1909 stellte sich der Preis für unversteuerte Ware auf 46 Mk. pro Hektoliter; vor dem 15. August 1911 stand er auf 52,90 Mk., also bereits verhältnismäßig hoch, dann erhöhte man ihn am 15. August auf 58,50 Mk., am 18. Januar 1912 auf 61,50 Mk., am 19. März auf 69,50 Mk., endlich am 20. April auf 75,50 Mk.; das ist seit dem 15. August eine Steigerung um 22,60 Mk. oder um 42,7 Proz. Der Jahresdurchschnitt der Verwertungspreise stellte sich in den letzten 12 Jahren nur ganz selten über 50 Mk. (1904/05 56 Mk., 1907/08 51,25 Mk.), mehrfach fiel er unter 40 Mk. (1900/01 39 Mk., 1901/02 sogar nur 31,70 Mk.). Außer durch diese Preissteigerung des unversteuerten Produktes hat der Konsum seit der Reichsfinanzreform auch noch die höhere Steuer (125 statt 70 Mk.) zu tragen, so daß der Konsument wohl kaum auf einem anderen Gebiete eine solche Mehrbelastung binnen kürzester Zeit erfahren hat.

Berlin, 28. April 1912. Max Schippel.

### Arbeiterbewegung.

#### Gewerkschaftliche Rückblicke.

##### II.

#### Metallindustrie:

Die Konjunktur in der Metallindustrie war im Jahre 1911 bis auf wenige Ausnahmen sehr lebhaft, die Produktion erfuhr eine erhebliche Steigerung.

\*) 1 Pfd. Sterling gleich 20,43 Mk.

der Arbeiterführer die Mehrheit der Grubenarbeiter sich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit aussprach, und der Streik nur beendet wurde, weil sich der Vorstand der Miners Federation gedrängt fühlte auszusprechen, daß die Abstimmung, nämlich die geringe Mehrheit, die Fortsetzung des Kampfes nicht rechtfertigen würde, und eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter dies dann gutgeheißen hat.

Im übrigen bietet gerade dieser Streik auch in anderer Beziehung die glänzendste Widerlegung alles dessen, was Sie über die Entartung der Arbeiterorganisationen schreiben. Lesen Sie einmal im 45. Bande der Schriften des Vereins für Sozialpolitik Auerbachs Geschichte der Organisationen der englischen Grubenarbeiter und vergleichen Sie damit die anerkennenden Worte, mit denen am 4. März der Premierminister Asquith im englischen Parlamente von der Haltung der Grubenarbeiter gegenüber dem Verlangen, für die Bewilligung eines gesetzlichen Lohnminimums auch Garantien für entsprechende Leistungen der Arbeiter zu gewähren, gesprochen hat: „Sie (die Grubenarbeiter) hatten nichts dagegen einzuwenden — im Gegenteil, während aller Verhandlungen haben sie in der vollsten und aufrichtigsten Weise es anerkannt — daß es notwendig sei, die Gewährung eines Mindestlohnes mit ausreichenden Bürgschaften zu versehen. Es erhob sich kein Einwand irgendwelcher Art von den Arbeitern gegen dieses Verlangen“ usw. Und wenn Sie beides gelesen haben, dann beantworten Sie die Frage, ob von einer Entartung oder einer fortschreitenden Entwicklung zum Besseren zu sprechen ist!

Ihren Höhepunkt erreicht Brentanos vernichtende Abrechnung mit dem entarteten Sozialpolitiker in folgenden Schlufausführungen seines „Offenen Briefes“:

„So bleibt denn von den „Ergebnissen Ihrer Studien“, auf Grund deren Sie aus einem Saulus zum Paulus der Scharfmacher geworden sind, nichts übrig als die Wiederholung von Interessentendarstellungen, die entweder auf völliger Unkenntnis der Geschichte oder auf bösem Willen beruhen. Sie enthalten an Tatsachen nichts, was sich als neues „Ereignis“ kennzeichnen lassen könnte, nichts, was Ihnen nicht schon früher bekannt gewesen sein muß. Das Einzige, was in Ihrem Vortrage neu ist, ist, daß Sie, der Sie früher der Einsicht nicht fernstanden, daß die Mißstände, welche dem heutigen Arbeitsverhältnisse anhaften, in der fehlenden gesetzlichen Anerkennung des kollektiven Arbeitsvertrages ihren Grund haben und mit dessen Durchführung und mit der Mäßigkeit seiner Bestimmungen schwinden werden, sich nunmehr auf die Seite derjenigen gestellt haben, welche seit 40 Jahren mittels der von Ihnen sogenannten „Wohlfahrtsflaverei“ und ihres mächtigen politischen Einflusses gegen die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen mit den organisierten Arbeitern ankämpfen. Wie diese, kennen Sie jetzt kein anderes Heilmittel für die dem anarchischen Zustande des heutigen Arbeitsverhältnisses anhaftenden Schäden als die „kraftvolle Anwendung“ der schon heute zum Schutze der Arbeitswilligen zu Gebote stehenden Mittel durch die Regierung, d. h. die Anwendung von Gewalt. Dabei berufen Sie sich in einer Anmerkung auf Adolf Wagner, der einen auf dasselbe abzielenden Antrag der konservativen Partei im preussischen Herrenhause unterzeichnet habe, als ob die unerklärliche Haltung eines Ihrer Gegner in Ihren Berliner Fakultätsfreitragungen Ihre Wandlung zu rechtfertigen vermöchte! Aber was immer Wagners

Weggründe gewesen sein mögen, dessen können Sie sicher sein, daß er niemals von der „mit fanatischer Einseitigkeit entwickelten Sozialpolitik“, wie Sie, gesprochen haben würde, zumal nicht in einer Zeit, da noch kaum ein Schritt zur Lösung des wichtigsten sozialpolitischen Problems, zur Neuregelung des Arbeitsvertrages, in Deutschland geschehen ist. Daß Sie mit Ihren neuen Anschauungen in dem Kreise, in dem Sie gesprochen haben, stürmischen Beifall fanden, ist selbstverständlich. Aber dächten Sie noch an Ihre Vergangenheit, so hätte eben dieser Beifall Sie stußig machen müssen. Und hätten Sie noch das soziale Empfinden, das Sie früher besaß, so würde Ihnen auch der Gedanke unerträglich sein, daß Ihre Mahnung, daß nichts gefährlicher sei als eine Politik der getrennten Arme, vielleicht zu den Urteilen der Duisburger Strafkammer beigetragen hat, welche, wenn der Zeitungsbericht richtig ist, sieben Frauen wegen Verleumdung Arbeitswilliger zu Gefängnisstrafen bis zur Dauer von 4 Wochen verurteilt hat. Aber Erfolg werden Sie mit dem Heilmittel ebensowenig haben wie die, welche Ihnen in Düsseldorf zujubelten.

Gewalt ohne innere Heilung ist das große Spezifikum aller politischen Stümper. Um zu ihm zu gelangen, braucht es keiner weiteren Erforschung des Kausalzusammenhanges der Erscheinungen, d. h. keiner Wissenschaft; dazu genügt der Glaube an die allein seligmachende Kraft der Schutzmannschaft. Somit werden Sie es begreiflich finden, wenn Sie, bis Sie sich wieder der tieferen Begründung des Kausalzusammenhanges der sozialen Erscheinungen zuwenden, wissenschaftlich nicht mehr für mich in Betracht kommen.“

Die Warnung Brentanos vor der politischen Stümperhaftigkeit der Gewaltpolitiker geht weit über die Adresse L. Bernhards hinaus. Sie trifft alle diejenigen, die sich berufen wännen, in die gegenwärtige und künftige Gestaltung der deutschen Rechtsverhältnisse einzugreifen. Wohin dieser Weg führt, das lehrt uns mit erschreckender Deutlichkeit die Entwicklung im Ruhrrevier seit dem Bergarbeiterstreik vom März d. J., wo das Säbelregiment der Schutzleute, Gendarmen und des Militärs abgelöst worden ist durch ein Schreckensregiment von Paragraphen, die sich der Justiz bedienen, um namenloses Unglück in der dortigen Arbeiterbevölkerung anzurichten. Sollte das den Staatslenkern noch nicht genug sein? Wollen sie noch mehr Opfer haben, noch mehr Erbitterung in die Seele der Arbeitererschaft hineintragen?

Das Schlagwort vom Schutze der Arbeitswilligen entstammt dem Sprachschatze des nachtesten Unternehmerinteresses, welches damit die Formel entdeckt zu haben glaubt, um die Staatsgewalt zu einem Vernichtungskrieg gegen die Arbeiterorganisationen aufzustacheln. Die Wissenschaft hat sich seither gegen diese politische Heuchelei, die an Falschmünzerei erinnert, ablehnend verhalten und es ist zu hoffen, daß sie auf diesem Standpunkte nach dem mannhaften Vorgehen des Prof. Brentano-Münchens auch weiterhin beharrt. Das Ansehen der Wissenschaft im deutschen Volke kann nur gewinnen, wenn sie solchen Erscheinungen wie die des Kathederscharfmachers L. Bernhardt gegenüber nicht wortlos bleibt, sondern die Grenzlinie zwischen unabhängiger Forschung und einseitig kapitalistischer Interessenvertretung möglichst scharf und deutlich zieht. Wen es in die unheimliche Nähe des Kapitals

Differenzen, „die sich aus dem heute getroffenen Abkommen ergeben“, so verfahren werden soll. Der Verband der Berliner Metallindustriellen, eine der einflussreichsten Gruppen im Gesamtverbande, hat demnach das auf die Dauer unhaltbare Prinzip des Nichtabschlusses von Tarifverträgen praktisch fahren lassen. Ob es in der Theorie aufrechterhalten wird, hat dann wenig Bedeutung.

Aber noch mehr: Der hier erwähnte Formervertrag enthält auch eine andere Bestimmung, die dem vom Gesamtverband zur Zeit des Kampfes in Sachsen ausgesprochenen Prinzip widerspricht: Durch das Berliner Abkommen ist den Formern ein Mindestlohn vertraglich zugesichert worden. Allerdings wird dieser Mindestlohn individuell festgesetzt, und zwar für jeden einzelnen Arbeiter. Aber das darf nicht willkürlich geschehen, sondern der Affordarbeiter erhält als Mindestlohn seinen bisher erzielten Durchschnittsverdienst, d. h. der Durchschnittsverdienst des letzten Jahres bezw. bei kürzerer Beschäftigung der Durchschnittsverdienst während der Beschäftigungsdauer ist als Stundenlohn bei Zeitarbeit zu zahlen, abzüglich 15 Proz., um die der Affordlohn eben höher bleiben soll. Das Prinzip des Mindestlohns ist damit anerkannt, sogar die Spannung zwischen Zeitlohn und Affordlohn ist in einer sehr gesunden Weise festgelegt.

Dieser Nachweis zeigt den großen Ruck nach vorwärts, den der Metallarbeiterverband im letzten Jahre auf diesem Gebiete gemacht hat. Der Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedurfte freilich eines solchen dokumentarischen Beleges nicht; jeder, der die Vorgänge und die Kämpfe in der Metallindustrie während einer Reihe von Jahren eingehender beobachtet hat, wußte auch ohnedies den Einfluß des Verbandes gerecht zu bewerten, weil er die vorhandenen Schwierigkeiten, die enorme Kapitalmacht, die in dieser Industrie konzentriert ist, kannte. Zudem bedeutet ein Kollektivvertragsabschluß keineswegs eine Machtposition unter allen Umständen. Unser Metallarbeiterverband hat zwar auf seinen Verbandstagen seine Bereitwilligkeit zum Abschlusse von Tarifverträgen festgestellt und die Möglichkeit der vertraglichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie betont. Aber das Prinzip der Normalität ist ihm sichtlich gleichgültig, d. h. auf die Form kommt es nicht an, wenn nur die Wahrung der Arbeiterinteressen möglich ist. Und in dieser Beziehung ist heute die Organisation der Metallarbeiter so erstarrt, daß auch das mächtige Kapital der Metallindustrie sie weder durch prinzipielle Machtprüche noch durch Ignorierung ausschalten kann.

Der vollgültigste Beweis für die Machtposition des Metallarbeiterverbandes in der Metallindustrie ist der Zustrom der Arbeitermassen zum Verbande. Auch das letzte Jahr ist bezeichnend für die enorme Werbekraft dieses Industrierverbandes. Trotz der auf dem Mannheimer Verbandstage vorgenommenen Beitragserhöhung betrug die Mitgliederzunahme 51 129, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

	1910	1911	Zunahme
Männliche Mitglieder	426 989	473 058	46 069
Weibliche "	23 672	26 063	2 391
Jugendliche "	13 355	16 024	2 669
Zusammen	464 016	515 145	51 129

Trotz der erheblichen Zunahme war die Fluktuation sehr groß. Denn nicht weniger als 191 436 Neuaufnahmen wurden vollzogen. Daß von diesen nicht mehr zu halten waren, wird teils auf die Beitragserhöhung, teils auf die zahlreichen Lohnkämpfe, die viele zur Abreise zwangen, zurückgeführt. Die so Ausgeschiedenen dürften bald wiedergewonnen werden, denn sie haben die Organisation und ihre Aufgaben kennen gelernt, gehören also nicht mehr zu den völlig Indifferenten.

Die finanzielle Entwicklung war trotz enormer Anforderungen an die Verbandskasse gut. Folgende Tabellen informieren darüber:

Einnahmen	1910 Mk.	1911 Mk.
Beitrittselder . . . . .	86 784,20	85 084,80
Beiträge . . . . .	11 880 886,80	14 997 539,05
Sonstige Einnahmen . . . . .	198 404,86	193 696,48
Zusammen . . . . .	12 166 075,86	15 276 320,33

Ausgaben der Hauptkasse für Unterstützungen:

Unterstützungszweig	1909 Mk.	1910 Mk.	1911 Mk.
Reisegeld . . . . .	324051,70	291234,69	309649,95
Umzugsunterstützung . . . . .	90569,67	98787,93	124268,65
Erwerbslosenunterstützung			
a) bei Krankheit . . . . .	5039547,64	2745838,73	3139848,91
b) „ Arbeitslosigkeit . . . . .	3199236,71	1536318,11	1463324,—
Streitunterstützung . . . . .	577429,91	2803476,40	4247667,80
Maßregelungen . . . . .	249847,12	149500,40	190973,83
Besondere Vorfälle . . . . .	54487,05	58687,55	64120,50
Sterbegeld . . . . .	78429,95	88247,—	104044,70
Rechtschutz . . . . .	55240,26	43471,39	79305,49
Zusammen . . . . .	7665903,01	7815592,17	9723203,83

Die Ausgaben der Hauptkasse und der Lokalkassen für Unterstützungen, sowie die Vermögensbestände am Jahresschluß, betragen 1911:

Unterstützungszweig	Haupt- kasse Mk.	Lokal- kassen Mk.	Zu- sammen Mk.
Reisegeld . . . . .	306649,95	38273,80	347923,84
Umzugsunterstützung . . . . .	124268,65	6491,63	130760,30
Erwerbslos.-Unterstützung			
a. Krankheit . . . . .	3139948,91	24649,50	3164598,47
b. Arbeitslosigkeit . . . . .	1463324,—	59587,95	1522911,95
Streitunterstützung . . . . .	4247667,80	1324645,32	5572313,12
Unterstütz. weg. Maßregelung	190973,83	62997,72	253971,55
in Vorfällen . . . . .	64120,50	46801,43	110921,93
Sterbegeld . . . . .	104044,70	103687,88	207732,58
Rechtschutz . . . . .	79305,49	—	79305,49
Gesamtausgabe f. Unterstütg.	9723303,83	1667135,40	11390439,23
Vermögen . . . . .	6369419,61	3868923,68	10238343,30
Vermögenszunahme . . . . .	2247908,67	270520,94	2518429,61

Diese Zahlen geben den besten Aufschluß über die Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Werbefähigkeit des Verbandes. Eine Organisation, die in einem Jahre 11,4 Millionen Mark für Unterstützungszwecke und Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszugeben vermag, braucht um ihre Werbefähigkeit nicht bange sein. Und ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse steigt im gleichen Maße, wie die Arbeitermassen den Weg zu ihr finden.

Der Schmiedeverband hat im Berichtsjahre eine Mitgliederzunahme im Jahresdurchschnitt von 753 auf 16 082 zu verzeichnen. Ueber die Leistungen des Verbandes unterrichtet folgende Tabelle:

Die Erzeugung der Hochofen weist allein auf einen lebhaften Geschäftsgang hin; sie stieg von 14 793 325 Tonnen im Jahre 1910 auf 15 534 223 Tonnen 1911. Pro Kopf der Bevölkerung macht das 237,68 Tonnen im Jahre 1911 gegen 228,92 Tonnen im Jahre vorher. Die Ausfuhr von Roheisen, Materialien, Stahl, Eisen- und Stahlwaren sowie Maschinen stieg von 6 713 995 Tonnen auf 7 467 809 Tonnen. Bezeichnend sind die Ein- und Ausfuhrziffern für Eisenerze. Die Einfuhr stieg um 10 Millionen Tonnen (von 98 168 218 auf 108 125 951 Tonnen), während die Ausfuhr von 29 526 317 Tonnen auf 25 816 980 Tonnen herabging. Der Inlandverbrauch wäre demnach um rund 14 Millionen Tonnen gestiegen.

Einzelne Branchen der Maschinenindustrie partizipierten freilich nicht an dem Aufschwung. So sollen die Textilmaschinenfabriken durch den flauen Geschäftsgang in der Textilindustrie in Mitleidenschaft gezogen worden sein und auch die Landwirtschaft soll weniger Aufnahmefähigkeit gezeigt haben. Im allgemeinen war jedoch die Konjunktur befriedigend.

Trotzdem war der Andrang auf dem Arbeitsmarkt der Metallindustrie beträchtlich. Nach den Zahlen der öffentlichen Arbeitsnachweise kamen auf je 100 offene Stellen in der Metallindustrie 195,61 Arbeitsjunge gegen 222,21 im Jahre 1910. Dieser Andrang, der erheblich größer ist als in den meisten anderen Industriegruppen, kann zum Teil vielleicht daraus erklärt werden, daß große Arbeitermassen infolge der guten Konjunktur in die Metallindustrie strömten und die Arbeitsnachweise überfüllten, während die qualifizierten Arbeiter der Industriegruppe leicht Beschäftigung fanden. Die Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften zeigen für die meisten Monate einen Rückgang; nur der Monat März hatte einen höheren Prozentsatz Arbeitsloser als im Jahre 1910, und zwar 2,2 Proz. gegen 1,6 Prozent im gleichen Monat des Vorjahres. Selbst im ungünstigsten Monat also eine relativ niedrige Arbeitslosenziffer. Dem entsprachen auch die Ausgaben des Metallarbeiterverbandes für Arbeitslosenunterstützung, die von 1 536 318 Mk. im Jahre 1910 auf 1 463 324 Mk. im letzten Jahre trotz einer erheblich höheren Mitgliederzahl herabgingen.

Die bessere Konjunktur hat naturgemäß die Geschäftsergebnisse der metallindustriellen Unternehmungen entsprechend beeinflusst. Folgende Zusammenstellung zeigt die im Berichtsjahre ausgeschütteten Durchschnittsdividenden im Vergleich zum Jahre 1910, wobei freilich zu bemerken ist, daß diese Dividende noch zum großen Teil aus den Geschäftsergebnissen des letztgenannten Jahres resultiert. Vergleichbar sind 576 Gesellschaften, die nachstehendes Ergebnis aufweisen:

Gruppe	Zahl der Gesell- schaften	Dividende		in Prozent	
		in 1000 Mk. 1909/10	1910/11	1909/10	1910/11
Eisen, Metalle	213	34 642	37 728	8,6	8,9
Maschinen	312	56 151	61 152	7,8	8,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	51	45 302	46 579	9,5	10,0
Insgesamt	576	136 095	145 459	8,8	8,9

Die 190 Elektrizitäts- und Gasgesellschaften, von denen vergleichbare Zahlen vorliegen, verteilten eine Dividende von 7,9 Proz. gegen 7,7 Proz. im Vorjahre. Es ist demnach auf der ganzen Linie eine Gewinnerhöhung festzustellen, die sich in einer Kurssteigerung der Dividendenwerte umgesetzt hat. Ultimo Dezember betrug der Durchschnittskurs für

Dividendenwerte der Gruppe Metalle und Maschinen an der Berliner Börse 206,97 gegen 198,79 Ultimo Dezember 1910. Die Dividendenwerte dieser Gruppe standen damit um 4,85 Proz. höher im Kurs als der Gesamtdurchschnittskurs (163,12) sämtlicher in dieser Statistik einbezogenen Industriegruppen. Die metallindustriellen Unternehmer haben also alle Ursache, mit dem Ergebnis des letzten Jahres zufrieden zu sein.

Ob die Arbeitererschaft an dem Aufschwunge in ähnlicher Weise partizipieren, kann hier aus Mangel an Zahlen nicht untersucht werden. Daß das Lohnkonto der Metallindustrie um bedeutende Summen gestiegen ist, dürfte nicht anzuzweifeln sein. Aber das ist nicht das allein Entscheidende, sondern der Mehrlohn des einzelnen Arbeiters, der den Arbeiter und seine Familie konsumfähiger macht. So viel zeigen aber vorhandene und recht untrügliche Zahlen, daß die Metallindustriellen aus eigenem guten Willen den Arbeitern keine wesentlichen Zugeständnisse gemacht haben. Der Metallarbeiterverband hat im Jahre 1911 eine außerordentlich intensive Lohnbewegung führen müssen, um seinen Mitgliedern einen Anteil an dem besseren Geschäftsgang zu sichern. Die Lage war wiederholt sehr ernst und Ende des Sommers sprach man schon von einer Generalaussperrung im ganzen Reiche zur Beantwortung bzw. Ergänzung der Kämpfe in Sachsen-Thüringen. In ganz unmotivierter Weise hatten die Unternehmer im genannten Bezirk wegen lokaler Bewegungen eine Aussperrung proklamiert, und allen Ernstes wurde die Heranziehung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller erwogen. Dieser schien jedoch keine Lust zu empfinden, den sächsischen Unternehmern zur Aufrechterhaltung ihrer zum Teil äußerst niedrigen Lohnsätze beizuspringen. Er erklärte sich nur gegen einen Vertragsabschluß in Sachsen-Thüringen. Nur wenn die Arbeiter auf den Abschluß von Tarifverträgen und auf Mindestlöhnen bestehen, wäre der Gesamtverband zum Eingreifen bereit. Der Kampf endete mit einem Kompromiß, das die Metallindustriellen auch ohne die Aussperrung hätten haben können. Gefahrdrohende Kämpfe wurden auch in Berlin geführt, wo die Arbeitseinstellung der Former zur Aussperrung von 60 Proz. der Berliner Metallarbeiter führte. Auch hier brachte der Kampf den Arbeitern wichtige Zugeständnisse, sowohl prinzipieller als materieller Art. Zunächst wurde das obige Prinzip des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller durchbrochen. Die Vereinbarung zur Beilegung der Formerbewegung trägt alle Merkmale eines Vertragsabschlusses, wenn man von der Festsetzung einer Vertragsdauer und der formellen Bezeichnung als Vertrag absieht. Diese beiden Punkte sind doch rein formeller Art. Auch sonst im gewerblichen Leben werden Verträge „bis auf weiteres“ abgeschlossen. Und ob das Wort „Vertrag“ gebraucht wird oder nicht, ist für den materiellen Inhalt belanglos. Faktum ist, daß die Berliner Vereinbarung Bestimmungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitseinteilung, hygienische Verhältnisse usw. enthält, daß die Vertreter der Berliner Metallindustriellen diese Vereinbarung mit den Organisationsvertretern der Arbeiter abgeschlossen hat und daß man in Erklärungen zum Protokoll festgelegt hat, daß das organisatorische Zusammenwirken der beiden Parteien (ausdrücklich: „Verband der Berliner Metallindustriellen“ einerseits, „Vertreter der Arbeiterorganisation“ andererseits) „sich durchaus bewährt hat“ und daß auch bei künftigen

mächtigen Unternehmerorganisationen viel weiter hinausgerückt worden wie damals, wo Unternehmerorganisationen im heutigen Sinne gar nicht vorhanden waren. Dies zu bestreiten, wäre Vogel-Strauß-Politik. Gewiß, es arbeiten heute schon Hunderttausende deutscher Arbeiter unter einer Arbeitszeit, die wesentlich kürzer ist wie die von 1889. Die übergroße Mehrzahl aber arbeitet auch heute noch 10 Stunden und teilweise darüber. Eine Verkürzung der Arbeitszeit war in größerem Umfang nur möglich, wo es große Arbeiterorganisationen mit Organisationen des Kleinhandwerks zu tun hatten, wie bei den Holzarbeitern, den Malern, Klempnern, Schlossern usw. Schon im Baugewerbe sahen wir durch die Kämpfe der letzten Jahre, welcher ungeheurer Widerstand einem solchen Verlangen entgegengestellt wurde, und die Bauarbeiter gehören sicher mit zu den deutschen Arbeitern, die bewiesen haben, daß sie vor ernstlichen Kämpfen nicht zurückschrecken. Auch die verfloßene Bewegung der Buchdrucker bot ein Beispiel, wie sehr kapitalkräftige, geschlossene organisierte Unternehmer sich einer Verkürzung der Arbeitszeit entgegenstemmen. Die Unternehmer der eigentlichen Großindustrie, die Bergwerksbesitzer, die Metall- und Textilindustriellen, die Herren der Papierindustrie und der chemischen Fabriken, die im Unternehmerkonzern die erste Geige spielen, sind aber vor allem die wütendsten Gegner jeden Fortschritts auf diesem Gebiete, und sie können es sich vorerst leider noch leisten, da die Arbeiterschaft dieser Industrien lange noch nicht so organisiert ist, wie es sein sollte, um diese finanziell so widerstandsfähigen Unternehmer zu Konzessionen zu zwingen. Und an Arbeit, diese Arbeiter aufzurütteln, hat es wahrlich keine Organisation fehlen lassen.

Es ist deshalb der etwas versteckte Vorwurf vom Genossen Leipart: „daß nicht in allen Berufen von den Arbeitern und ihren Organisationen mit dem gleichen Nachdruck auf eine fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit hingewirkt worden ist“, doch nicht ganz am Platze. Es liegt bei diesen Dingen doch nicht allein am Willen, sondern auch am Können. Und wenn Genosse Leipart das Geheimmittel preisgibt, wie die Weber im Rheinland, in Sachsen und Schlesien, die Arbeiter der Papier- und chemischen Industrie, des Transportgewerbes, die Metallarbeiter Westfalens und Rheinlands in den großen Hüttenwerken und die im Saargebiet, die Bergleute usw. einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit täglich teilhaftig werden können; er wird sich Dank verdienen. Nur mit dem Wort „sich organisieren“ allein ist es nämlich noch nicht getan. Es kommen hier doch noch eine ganze Reihe Momente in Frage, die mitwirken, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit, selbst bei verhältnismäßig gutem Organisationsverhältnis, nicht so leicht zu erreichen ist. Vor allem sei einmal auch offen gesagt, daß es auch in Gegenden, wo die Arbeiter sehr „mächtig“ für den 1. Mai demonstrieren, mit der wirklichen praktischen Betätigung für eine kürzere Arbeitszeit überhaupt oft recht faul aussieht. Nicht selten findet man, daß der Begeisterungsstrubel am 1. Mai schon wieder einer oft gar nicht nötigen Vorliebe für Ueberstunden am 2. Mai und die folgenden Tage gewichen ist. Mir erschiene es vorerst sehr wichtig, einmal dahin zu kommen, daß die Arbeiterschaft die bestehende normale Arbeitszeit nicht in sehr vielen Fällen ohne ganz zwingende Notwendigkeit durch Ueberzeitarbeit verlängern würde. Das wäre schon ein Fortschritt, der nicht zu gering anzuschlagen

wäre. Nun sieht Genosse Leipart durch die an verschiedenen Orten zutage getretenen Wünsche für eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Samstagen eine große Gefahr für den Achtstundentag. Ich nicht. Ist dieses Verlangen eine Gefahr und tritt sie so stark auf, dann wären die Verichte über die machtvollen Demonstrationen des 1. Mai nichts wie eine Täuschung. Oder glaubt Genosse Leipart wirklich, daß die in Deutschland mit wirklichem Ernst für den Achtstundentag demonstrierenden Arbeiter das anzustrebende, wenn auch vorerst nicht so leicht zu erreichende Ziel vergessen? Ich denke, darin täte er den Arbeitern doch Unrecht, auch wenn sie dafür eintreten, den Arbeitschluß früher wie seither zu erlangen.

Es sind wohl andere Gründe, die die Arbeiterschaft dieses Verlangen stellen lassen. Der Grund, daß die arbeitende Frau entlastet werden soll, ist mir neu. Die Ursache scheint mir mehr darin zu liegen, daß die Arbeiterschaft durch die teureren Mieten der Großstädte gezwungen ist, in die entfernt liegenden Vororte zu ziehen, und daß durch den Achtuhrladenschluß und die Sonntagsruhe notwendige Einkäufe bei Tageslicht überhaupt nicht mehr besorgt werden können, und daß der Arbeiter auch einen ganzen Sonntag haben will. Solange er nämlich Tag für Tag an der Werkbank oder am Schraubstock steht und spät abends nach Hause kommt, wird er stets an den Sonntagen eine ganze Reihe von Arbeiten in seiner Häuslichkeit zu erledigen haben, die ihm einen Teil des Ruhetages nehmen. Das dürfte auch der Fall sein, wo die achtstündige Arbeitszeit schon eingeführt ist. Mir ist ein Betrieb bekannt, der seit Jahren die achtstündige Arbeitszeit hat, der über 3000 Arbeiter beschäftigt, und gerade diese Kollegen hatten das lebhafteste Bedürfnis, am Samstag früher Feierabend zu bekommen, und politisch stehen die Kollegen dieses Betriebes in ihrer Mehrzahl auf der linken Seite der sozialdemokratischen Partei. Ein früherer Arbeitschluß an einem Wochentag war eben zwingende Notwendigkeit für dieselben geworden, da die übergroße Mehrzahl der Kollegen durch die teureren Mieten gezwungen ist, ziemlich weit entfernt vom Arbeitsort zu wohnen.

Die Frage der Zweckmäßigkeit eines früheren Arbeitschlusses an den Samstagen beantworten, heißt zugleich auch beantworten, ob die Arbeiterschaft von einer täglichen Verkürzung der Arbeitszeit in allen Fällen einen Vorteil hat. Unbedingt ist dies nicht zu bejahen. Erst im vergangenen Jahre führte der Unterzeichnete für einen großen Industrieort der Rheinpfalz eine tägliche Arbeitszeitverkürzung durch. Die Organisation der Industriellen wie die der Arbeiter wandten sich an die Eisenbahnbehörde, um eine Verlegung und andere Einteilung der täglichen Züge genehmigt zu erhalten, damit die Arbeiter, die fast alle stundenweit auswärts zu wohnen gezwungen sind, auch einen Vorteil von der Verkürzung der Arbeitszeit haben und um nicht im Wirtshaus oder am Bahnhof die gewonnene Zeit „verwerten“ zu müssen. Wir wurden abschlägig beschieden, da die Regierung, einer großen Zuderkunft zu Liebe, den Fahrplan nicht ändern wollte. Erst nach mehrmaligen energischen Protesten gelang es, die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu einem wirklichen Vorteil für die Arbeiter zu ge-

Art der Unterstü- tungen	Haupt- kasse Mk.	Zusatz- kassen Mk.	Zu- sammen Mk.	Pro Mit- glied Pf.
Reiseunterstützung	5361,35	362,72	5724,07	35,6
Arbeitslosenunterstützung	45988,62	1989,73	47978,35	298,0
Krankenunterstützung	100715,95	2614,27	103330,22	641,8
Streifunterstützung	96988,59	19'499,76	116588,35	724,1
Gemäßregeltenunterstütz.	24325,96	6493,94	30819,90	191,4
Umzugsunterstützung	4488,99	—	4488,99	27,9
Sterbeunterstützung	3855,—	954,10	4809,10	29,9
Rechtschutz und sonstige Unterstützungen	5384,02	7221,92	12605,94	78,3
Zusammen	287108,48	39236,44	326344,92	2027,0

Auch dieser Verband entfaltet eine intensive Tätigkeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder, und die Erfolge waren im Jahre 1911 recht günstige. Für 2189 Mitglieder konnten die Arbeitsverhältnisse vertraglich geregelt werden, so daß am Jahreschluß 4883 Mitglieder unter vertraglichen Bedingungen arbeiteten. Die Kämpfe hatten nicht den Umfang von 1910, wohl aber waren die Erfolge größer. Für 3395 Personen wurde die Arbeitszeit um 5505 Stunden wöchentlich verkürzt und für 4263 Personen der Lohn um 8506 Mk. wöchentlich erhöht. Die Lohnerhöhung betrug im einzelnen von 50 Pf. bis 7,50 Mk. pro Woche und die Arbeitszeitverkürzung von ½ Stunde bis 9½ Stunden pro Woche. Das sind zweifellos ganz ansehnliche Erfolge.

Die Frage des Anschlusses des Schmiedeverbandes an den Metallarbeiterverband ist im Berichtsjahre soweit geklärt, daß der kommende Verbandstag voraussichtlich den Anschluß beschließen wird. Der Verbandstag der Metallarbeiter in Mannheim hatte sich mit der Forderung der Schmiede auf eine gesonderte Verwaltung im Metallarbeiterverband als Bedingung ihres Anschlusses zu beschäftigen, lehnte aber einstimmig die Forderung ab, weil sie mit dem Organisationsstatut des Verbandes unvereinbar ist. Seitdem hat der Vorstand des Metallarbeiterverbandes dem Schmiedeverbande eine Grundlage für die Verschmelzung unterbreitet, die den besonderen Bedürfnissen der Schmiede möglichst entgegenkommt; Vorstand und Ausschuß des Schmiedeverbandes empfehlen dem Verbandstag die Annahme dieser Vorschläge. Es ist demnach zu hoffen, daß diese Frage in wenigen Monaten eine beide Teile befriedigende Lösung finden wird.

Der Verband der Kupferschmiede hat im letzten Jahre gute Erfolge gehabt. Die Mitgliederzahl stieg auf 4976. Für Unterstü-  
tungen wurden 95 426 Mk. verausgabt, davon 18 253 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 22 095 Mk. Streifunterstützung. Der Vermögensbestand bezifferte sich auf 169 003 Mark, davon 123 610 Mk. in der Hauptkasse. 51 Lohnbewegungen wurden geführt, die sich auf 4998 Beschäftigte erstreckten. An den Bewegungen direkt beteiligt waren 1277 Personen. Erreicht wurde für 476 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1130 Stunden pro Woche und für 900 Personen eine Lohnerhöhung von 2124 Mk. wöchentlich. Sonstige Verbesserungen wurden für 756 Personen erreicht und in 13 Fällen wurden für zusammen 597 Personen Tarifverträge abgeschlossen.

Der Verband der Maschinisten und Heizer hat nach den vorläufig vorliegenden Nachrichten im letzten Jahre gute Erfolge zu verzeichnen. Abschließende Zahlen liegen uns nicht vor, so daß wir später auf diesen Verband zurückkommen müssen.

Der Verband der Schiffszimmerer zählte im Jahresdurchschnitt 3666 und am Jahreschluß 3511 Mitglieder. Der Verband hat demnach einen kleinen Rückgang aufzuweisen, der an sich zwar bedeutungslos ist, aber immerhin den Freunden des Industrieverbandes unter den Verbandsmitgliedern neue Argumente in die Hand gibt. In den großen Schiffsbaucentren ist ein großer Teil der Verbandsmitglieder für einen Anschluß an den Metallarbeiterverband, weil hier die Berührungspunkte immer größer werden, je mehr die technische Entwicklung voranschreitet. Bisher hat der Gedanke noch nicht die Mehrheit der Verbandsmitglieder erfaßt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes ist zurzeit eine gute, wie aus folgenden Zahlen zu ersehen ist: Die Ausgaben für Unterstü-  
tungen im Jahre 1911 betragen 32 792 Mk., davon für Arbeitslosenunterstützung 7403 Mk. und für Streiks 6722 Mk. Der Vermögensbestand bezifferte sich auf 111 876 Mk., davon in der Hauptkasse 103 257 Mk. Die Organisation ist aber gut fundiert, muß jedoch in den Werkorten bei wirtschaftlichen Kämpfen mit großen Ansprüchen an die Verbandskasse rechnen.

#### Der freie Samstagnachmittag.

In Nr. 13 des „Corr.-Bl.“ wendet sich Genosse Th. Leipart, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen den freien Samstagnachmittag oder, besser gesagt, gegen das Bestreben, welches neuerdings vielfach zutage tritt, eine durch eine Bewegung erreichte Verkürzung der Arbeitszeit von den seither an den Samstagen üblichen Arbeitsstunden in Abzug zu bringen.

Dieses Bestreben steht im Widerspruch mit dem Ziele, für dessen Erreichung die Arbeiterschaft aller Länder am 1. Mai alljährlich demonstriert, so schlußfolgert Leipart und theoretisch nicht ganz mit Unrecht. Nun, ich will die „Demonstration“ der Arbeiter aller Länder gelten lassen, trotzdem ich aus persönlicher Erfahrung weiß, daß es Länder gibt, die an Deutschlands Grenzen ziemlich nahe herankommen, die aber außer der alljährlich einmal wiederum mit mehr Tamtam, als wie wirklicher Demonstration, betätigten „Idealauffrischung“ herzlich wenig tun für eine wirkliche, praktische Verkürzung der Arbeitszeit selbst. Und wenn wir in das Land gehen, dessen Vertreter den Anstoß zur alljährlichen Maiseier (1889) gegeben haben, so sehen wir gleich ein Beispiel.

Ich bin der sicheren Ueberzeugung, daß die deutschen Arbeiter in erster Linie diejenigen sind, die das 1889 gesteckte Ziel unausgesetzt zu erreichen suchen, ja, ich bin vermessener genug, zu behaupten, daß, wenn heute die Maiseier in anderer Form gefeiert würde, sie ganz genau so eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich zu erstreben und zu erkämpfen bereit sind. Daß der nun vielerorts gewünschte und verlangte freie Samstagnachmittag die Arbeiter diesem Ziele abwendig machen wird, glaube ich nicht. Das Bestreben, ihn zu erhalten, hat auch andere Ursachen, wie Leipart meint. Genosse Leipart weiß so gut wie nur irgendein Gewerkschaftler, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden ein Wunsch ist, der noch in sehr weitem Felde liegt, und daß in ganzen Industrien es auf Jahre hinaus nicht gelingen wird, die neunstündige, geschweige die achtfündige Arbeitszeit einzuführen. Was im Jahre 1889 als ein nicht allzu schwer zu erreichendes Ziel gesteckt wurde, ist mittlerweile durch die in dieser Zeit geschaffenen und wirtschaftlich ungeheuer

Lohnbewegungen und Streiks wurden im Jahre 1910 in 79 Orten (ohne die große Ausperrung), 1911 in 70 Orten durchgeführt. In den beiden Jahren wurden 86 Tarife, an denen 5135 Berufsangehörige beteiligt waren, abgeschlossen. Die Wirkung dieser neu vereinbarten Verträge ist aus folgender Zusammenstellung zu ersehen: 1910 wurde für 3092 Kollegen eine wöchentliche Lohnerhöhung um 7502 Mark und eine Arbeitszeitverkürzung um 2787 Stunden, 1911 für 2035 Kollegen eine Lohnerhöhung um 5204 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung um 2189 Stunden pro Woche erreicht. Die große Bauarbeiterausperrung, an der in 17 Filialen 990 Kollegen beteiligt waren, wurde nicht nur zurückgewiesen, sondern weit über den Dresdener Schiedsspruch hinaus, der für die Dachdecker keine Gültigkeit hatte, erhebliche Verbesserungen errungen.

Die Lohnerhöhung beträgt 8 Pf. pro Stunde und in 9 Fällen konnte auch eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden.

Angeichts der Lohnbewegungen mußten den Mitgliedern besondere Opfer auferlegt werden. Die an der Ausperrung Beteiligten verzichteten auf die Streikunterstützung für die ersten 14 Tage der Ausperrung und alle Mitglieder leisteten einen Extrabeitrag von 12 Wochenbeiträgen. Der Bericht konstatiert mit Genugtuung, daß diese Opfer von den Mitgliedern ohne besondere Schwierigkeiten gebracht worden sind.

Die fortschreitende Entwicklung des Verbandes ist besonders auch in den Finanzverhältnissen zu erkennen. Die Einnahme stieg von 195 000 Mk. in der vorigen Geschäftsperiode auf 352 542,60 Mk. Das ist ein Mehr von 157 176,79 Mk. Die Ausgabe betrug 226 399,77 Mk. Sie stieg gegenüber der letzten Geschäftsperiode um 82 266 Mk. Das Verbandsvermögen stieg in den zwei Jahren von 51 232 Mk. auf 126 142 Mk. Von der Ausgabe flossen an die Mitglieder wieder zurück: Für Unterstützung bei Streiks und Ausperrung 108 732 Mk., für Reise- und Umzugsunterstützung 27 287 Mk., und für andere Unterstützungen 3000 Mk., so daß insgesamt 146 641 Mark an die Mitglieder wieder zurückgezahlt wurden. Das Verbandsorgan verbrauchte 19 859 Mk.

Am Schlusse des Jahres 1910 bestanden 108 Tarifverträge.

Der vorhergehende Verbandstag hatte sich prinzipiell für die Verschmelzung mit dem deutschen Bauarbeiterverbande ausgesprochen. Bei 7 Stimmenthaltungen hatten sich 17 Delegierte dafür und 2 dagegen erklärt. Durch Abstimmung sollten die Mitglieder endgültig zur Verschmelzung Stellung nehmen; und sie sollte als vollzogen gelten, wenn zwei Drittel der Abstimmenden dafür votierten. An der Abstimmung nahmen von 7636 Mitgliedern 4778 teil, wovon 1327 für und 3430 gegen Verschmelzung stimmten.

Der Vorstandsbericht untersucht die Gründe, welche die Mitglieder zu der Ablehnung der Verschmelzung führten.

Die Ausperrung 1910 hat die Dachdecker nicht im großen Umfange erfaßt; auch der Dresdener Schiedsspruch, der für die größeren Berufe Lohn- und Arbeitsbedingungen ordnete, umfaßte das Dachdeckergerwerbe nicht. Unter diesen Umständen war es für den Dachdeckerverband ein leichtes, die durch die allgemeine Bewegung geschaffene günstige Situation für sich auszunützen und für seine Mitglieder bessere Bedingungen durchzusetzen. Das hat zu der Annahme verleitet, daß der Verband, ohne mit den anderen verschmolzen zu sein, größere Kraft besitze

und auch in der Zukunft bessere Erfolge erzielen könne, wenn er allein bliebe. Von den Gegnern der Verschmelzung sei dieses Moment und die höheren Beiträge im Bauarbeiterverband, sowie die höheren Unterstützungssätze des eigenen Verbandes in nicht immer loyaler Weise gegen die Verschmelzung ausgenutzt worden. Die Aufgabe der Selbständigkeit habe auch eine große Rolle gespielt. Mit der Abstimmung sei die Notwendigkeit der Verschmelzung nicht beseitigt. Die Entwicklung bedinge vielmehr, daß die Organisation immer wieder darauf zurückkommen müsse.

In der Diskussion wurde der Vorwurf erhoben, daß der Vorstand kurz vor der Abstimmung mit seinem Wissen nicht nochmals für die Verschmelzung eingetreten sei. Die Diskussion im Fachorgan habe notwendig gemacht, daß nochmals die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund der Debatte gerückt wurden. Vorstand und Redaktion suchten diesen Vorwurf zu entkräften.

In Leipzig hat sich eine Mehrheit von dem Verbande abgesondert und einen Lokalverein gegründet. Der Vorstand hat, einem Auftrage der letzten Verbandsgeneralversammlung folgend, versucht, die Differenzen zu beseitigen und die Kollegen dem Verbande wieder zuzuführen. Die Bemühungen sind an dem Widerstande der Leipziger gescheitert. Durch das Verhalten dieser Kollegen zu den Mitgliedern des Verbandes im Arbeitsverhältnis haben sich unhaltbare Zustände herausgebildet und wird der Vorstand beauftragt, in Verbindung mit dem Leipziger Gewerkschaftskartell und wenn nötig, mit der Generalkommission, eine Ordnung der Dinge herbeizuführen.

Der Bericht des Ausschusses ergibt, daß an der Geschäftsführung nur kleine Ausstellungen zu machen waren; und gegen die Schreibweise des Fachorgans wurden wesentliche Ausstellungen auch nicht erhoben. Nach eingehender Diskussion wird auf Antrag des Ausschuhvertreterers der Centralleitung einstimmig Decharge erteilt.

Nach den Berichten wurde zunächst über den Punkt „Unsere Tarifverträge“ verhandelt. Der eine Referent behandelte die juristische Seite. Seine Ausführungen decken sich mit den Darlegungen des Genossen Leipart in der Broschüre „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge“.

Der zweite Referent behandelte die Tariffrage im allgemeinen und hebt im besonderen die Bedeutung für den Dachdeckerberuf hervor. Im Jahre 1905 bestanden 11 Tarife und jetzt über 100. Circa 60—70 Proz. Berufsangehörige arbeiten jetzt unter Tarifverträgen, und sei dieser Umstand neben der guten Organisation mit ein Mittel gewesen, daß die durch Kampf errungenen Positionen immer auf der einmal erreichten Höhe gehalten werden konnten. Allerdings gehen die Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes darauf hinaus, die Verträge auf eine breitere Basis zu stellen und damit die Rechte der Arbeiter zu schmälern. Die Entwicklung vollziehe sich unverkennbar in der Richtung zu Bezirksverträgen und zum Reichstarif. Demgegenüber empfahl er Stärkung der Organisation und Aufklärung, damit der Verband imstande sei, auch unter dieser Veränderung die Rechte der Arbeiter, vor allem das Mitbestimmungsrecht in vollem Umfange zu wahren. Die Diskussion erweiterte sich zu einer Debatte über die Bedeutung der örtlichen resp. Bezirks- oder Reichstarife, wobei die Entwicklung in erfreulicher Weise Berücksichtigung fand, aber andererseits die Zeit zum Abschluß eines Reichstarifes noch nicht als gekommen bezeichnet wurde.

halten. Und so wie hier liegt es noch an sehr vielen Orten. Eine geringe tägliche Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet nun einmal nicht in allen Fällen einen Vorteil für die Arbeiterschaft, da sie meistens ja nur eine Viertel-, höchstens eine halbe Stunde beträgt und diese Verkürzung nicht immer vorteilhaft für die Arbeiterschaft eines Betriebes ausgenützt werden kann.

Gewiß, darin stimme ich mit Genossen Leipart vollkommen überein, dem Wunsch nach einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, um dafür eine oder ein paar Stunden an den Samstagen früher frei zu bekommen, ist unbedingt entgegenzutreten, und um so mehr, wenn die Verlängerung dazu führen würde, eine seit herige effektive Arbeitszeit von 9 oder  $9\frac{1}{2}$  Stunden zu verlängern. Wo aber eine eintretende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{2}$  Stunde den Arbeitern einen praktischen Vorteil nicht bietet und bieten kann, da ist es meines Erachtens nach wohl wert, zu erwägen, ob nicht ein größerer Vorteil für die Arbeiter darin liegt, die Gesamtheit der Verkürzung auf einen Tag zu verlegen und damit den Arbeitern einen wirklichen Vorteil und eine Annehmlichkeit zu bieten.

Dann noch eins. Wir behaupten stets, und mit Recht, daß bei einer verkürzten Arbeitszeit die Leistung des Arbeiters nicht sinkt. Liefere da die, nach Genossen Leipart so „bereitwilligen“ Großindustriellen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung an den Samstagen uns nicht schließlich selbst das Material, womit wir beweisen können, daß eine zehntündige Arbeitszeit nicht nötig ist, indem in der kurzen Arbeitszeit an den Samstagen die Leistung die gleiche blieb wie in den vorhergehenden Tagen. Nicht von heute auf morgen wird dies zu beweisen sein, aber daß die verkürzte Arbeitszeit an den Samstagen dort, wo sie besteht, uns heute schon Material nach der Richtung hin an die Hand gibt, steht fest.

Man fürchte also nicht allzu viel für die Be-einträchtigung des Zieles vom Achtstundentag durch den freien Samstagnachmittag, sondern prüfe, ob er in vielen Fällen nicht einen wesentlichen Vorteil für die Arbeiter bietet. Karl Vorhölzler.

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zwischen den Verbänden der Bauarbeiter und Landarbeiter ist soeben ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der das Organisationsgebiet und das gegenseitige Verhältnis der beiden Verbände regelt. Bei Berufswechsel werden die Mitglieder unter Anerkennung erworbener Rechte von dem zuständigen Verbände übernommen, der Uebertritt muß 6 Wochen nach erfolgtem Berufswechsel geschehen; Ausnahmen sind nur zulässig für solche Mitglieder, die in der bisherigen Organisation eine führende Stellung bekleiden. Der Vertrag enthält weiter Bestimmungen über die Behandlung der Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, die in den Wintermonaten vom 15. Oktober bis 15. März im Organisationsgebiet des Landarbeiterverbandes arbeiten. Diese müssen für die Monate Dezember bis Februar die Mitgliedschaft im Landarbeiterverbande durch Uebertritt erwerben. Der übrige Inhalt des Vertrages entspricht den sonst in unseren Gewerkschaften üblichen Bestimmungen.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter schloß das 4. Quartal 1911 mit einem Mitgliederbestand von 47 654 ab; die Zunahme im 4. Quartal beträgt 1355. Die Gesamt-

einnahme betrug rund 292 929 Mk., die Gesamtausgabe 246 763 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Unterstützungen 127 413 Mk., darunter für Streiks und Aussperrungen im Beruf 44 463 Mk., Krankenunterstützung 48 285 Mk., Arbeitslosenunterstützung 19 152 Mk. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich um 46 166 Mk. auf 1 166 337 Mk.

„Der Steinarbeiter“ hat in einer Artikelserie die Frage des Anschlusses des Steinarbeiterverbandes an den Deutschen Bauarbeiterverband eingehend auf Grund der Berufsverhältnisse untersucht und kommt im Schlusssatz in Nr. 17 zu folgendem Ergebnis:

Aus den vorgeführten Gründen sind wir unter den obwaltenden Verhältnissen gegen eine Verschmelzung. In der Steinindustrie sind etwa 150 000 Personen beschäftigt, und da ist es keine Schwierigkeit, die Mitgliederzahl unseres Verbandes verdoppeln zu können. Das wissen wir auch, daß es in der Steinindustrie nicht möglich ist, den letzten Mann für den Verband heranzuziehen zu können, weil mitunter noch der Kleinbetrieb vorherrschend ist. — Nach der letzten Berufszählung haben wir in Deutschland allein mit 35 005 Steinmetzen zu rechnen, wir können somit unter den gelernten Arbeitern noch auf einen großen Zuwachs hoffen.

Eine selbständige Organisation, die sich bisher vorzüglich bewährt hat, gibt man nicht ohne zwingenden Grund auf. Und wenn eine Verschmelzung vorgenommen werden soll, dann müßte das in geschlossener Weise geschehen. Zu einer solchen Aktion fehlen heute noch die nötigen Vorbedingungen. Es könnte eingeworfen werden, ja die Angestellten sind schließlich gegen eine Verschmelzung. Dieses Argument trifft insoweit fehl, weil sich in materieller Beziehung unsere Angestellten nach einer Verschmelzung bedeutend besser stellen würden.

Wir haben zu der ganzen Frage in äußerst objektiver Weise Stellung genommen und das Für und Wider genau abgewogen. In München wird sich ja darüber auch noch eine rege Aussprache ergeben; wir hoffen nur, daß man nicht mit Gefühlsargumenten operiert, sondern offen und klar die Frage so stellt: Was zwingt uns zu einer Verschmelzung?

Tut man dies, so kann eine Verschmelzung unter den obwaltenden Umständen nicht befürwortet werden.

#### Kongresse.

##### 11. Verbandstag des Centralverbandes der Dachdecker Deutschlands.

Mürnberg, 15.—18. April 1912.

Die Verhandlungen fanden im „Historischen Hofe“ statt und es nahmen 31 Delegierte, zwei Vertreter des Hauptvorstandes, der Vorsitzende des Ausschusses, der Redakteur und ein Vertreter der Generalkommission daran teil.

Die letzte Geschäftsperiode zeichnete sich durch besondere Ereignisse aus. Zu Beginn stand die Organisation unter der Einwirkung des großen Kampfes im Baugewerbe, woran sich eine verhältnismäßig gute Arbeitsgelegenheit schloß. Die günstigen Momente sind zu einer emsigen Agitationsarbeit, und zwar einmütig von allen Verbandsfunktionären ausgenützt worden. Die Mitgliederzahl stieg demzufolge von 6191 auf 8482 am Schlusse des dritten Quartals 1911. Das ist eine Zunahme von 2291 oder gleich 37 Proz. Die Fluktuation der Mitglieder ist aber sehr groß. Während in der Berichtsperiode 6495 Mitglieder aufgenommen wurden, gingen dem Verbände wegen Beitragsrückstände und anderer Vergehen 2472 verloren.

Den nächsten Beratungsgegenstand bildete: „Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen und wie rüsten wir weiteren allgemeinen Aussperrungen gegenüber?“ Im ersten Teil brachte der Vorstand die allgemein zu beachtenden Grundzüge zur Sprache, die bei Lohnbewegungen zu beachten sind und führte einige krasse Fälle an, wie durch nicht genügende Vorsicht die Gesamtorganisation Schaden erlitten habe.

Der Verbandstag erteilte dem Vorstande einmütig den Auftrag, Statut und Streikreglement in Zukunft schärfer zu handhaben.

Der Verbandstag rechnet mit einem ernsten Kampf im Jahre 1913. Die Dachdeckermeister haben zwar eigene Organisationen, sie gehören aber in den bedeutendsten Arbeitsorten auch noch dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe an; oder sie sind durch Kartellverhältnis an den Maßnahmen jener großen Scharfmacherorganisation beteiligt. Durch diese Verbindungen ist die eigene Entschlußkraft aufgehoben, sie sind die Gefangenen der großen Organisation geworden. In neuerer Zeit ist eine weitere Kartellierung der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes erfolgt, die die Centralisation der Tarife in Form, Inhalt und Ablauftermin zum Ziele hat. Diese Entwicklung rückt größere Kämpfe in greifbare Nähe, die auch die Dachdecker in stärkerem Maße erfassen wird. Um zu den kommenden Kämpfen gerüstet zu sein, schlug der Vorstand eine Beitragserhöhung vor und er machte zwei Vorschläge; der erste verlangte eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 50 Proz. für 30 Wochen in diesem Jahre, der zweite 30 bis 35 Proz. Erhöhung.

Die Statutenberatungskommission empfahl den ersten Antrag des Hauptvorstandes mit der Maßgabe, daß die Beiträge für 25 Wochen des Jahres 1912 erhoben und unverkürzt der Hauptklasse zugeführt werden. Er lautet:

Beitragsklasse	Beitrag	Erhöht auf	Mehr in 25 Woch.
1.	40 Pf.	60 Pf.	= 5,— Mf.
2.	45 "	65 "	= 5,— "
3.	50 "	75 "	= 6,25 "
4.	55 "	80 "	= 6,25 "
5.	60 "	90 "	= 7,50 "
6.	65 "	100 "	= 8,75 "
7.	70 "	105 "	= 8,75 "
8.	75 "	110 "	= 8,75 "

Bei der Abstimmung erklärten sich von 31 Delegierten 26 für den Antrag.

Der Vorstand empfahl auch eine gerechtere Staffelung der Streikunterstützung, wobei die Dauer der Mitgliedschaft in gerechterer Weise gewürdigt und die Mitglieder mit geringerer Mitgliedsdauer weniger als bisher Unterstützung erhalten sollen.

Der Verbandstag erkannte diesen Grundsatz an und stimmte folgenden Vorschlägen der Kommission zu:

Die Unterstützung beträgt für Mitglieder, die dem Verband bei Streiks angehören:

über 2 Jahre		von 1—2 Jahre	
Beitragsklasse	Mf.	Beitragsklasse	Mf.
1.	2,20	1.	1,70
2.	2,40	2.	1,90
3.	2,60	3.	2,10
4.	2,70	4.	2,20
5.	2,80	5.	2,30
6.	2,90	6.	2,40
7.	3,—	7.	2,50
8.	3,10	8.	2,60

von 1/2 Jahr bis 1 Jahr		bis 1/2 jähr. Mitgliedschaft	
Beitragsklasse	Mf.	Beitragsklasse	Mf.
1.	1,40	1.	1,10
2.	1,60	2.	1,30
3.	1,80	3.	1,50
4.	1,90	4.	1,70
5.	2,—	5.	1,80
6.	2,10	6.	1,90
7.	2,20	7.	2,—
8.	2,30	8.	2,10

Alle weiteren Anträge, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze fordern, wurden abgelehnt. Wenn eine allgemeine Bewegung oder eine Aussperrung eintritt, wird ein außerordentlicher Verbandstag in Aussicht genommen, der die dann erforderlichen Maßnahmen beraten und beschließen soll.

Dann erstattete Heinke-Berlin ein Referat über den Bauarbeiterstreik. Er zeigt an der Hand eines reichhaltigen Materials die Gefahren, denen die Angehörigen des Dachdeckerberufs ausgesetzt sind, wie ungenügend die baupolizeilichen und vor allem die berufsgenossenschaftlichen Schutzbestimmungen sind. Die wenigen werden aber noch lax gehandhabt. Er erhob die bekannten Forderungen: Anstellung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen usw. Insbesondere sei aber Aufklärung erforderlich und energische und intensive Mitarbeit der organisierten Arbeiterschaft. Die Diskussion war reichhaltig und zeigte, daß die Dachdecker dieser Frage großes Interesse entgegenbringen.

Dann debattiert der Verbandstag über die Frage: „Die Einführung der Arbeits- oder Erwerbslosenunterstützung.“ Der Referent trug mit großer Sachkenntnis die Gründe für die Einführung dieses Unterstützungszweiges vor. Dabei trat er in wirkungsvoller Weise der Auffassung entgegen, daß die Einführung den Kampfescharakter der Organisation zu schwächen geeignet sei und empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Der Verbandstag stimmt im Prinzip der Einführung der Arbeits- und Erwerbslosenunterstützung in unseren Verbänden zu. Er beauftragt den Centralvorstand, die nötigen statistischen Erhebungen zu veranstalten und auf Grund dieser Erhebungen eine Vorlage auszuarbeiten und dem nächsten Verbandstag zur weiteren Beratung zu überweisen.“

In der Diskussion trat ein Teil der Delegierten gegen die Einführung auf, weil sie die erforderlichen Beiträge so hoch veranschlagten, daß die Mitglieder die Opfer nicht würden tragen können. Andere wünschen die Erhebung auf 4 Jahre auszudehnen, damit die Ergebnisse der guten und schlechten Konjunktur berücksichtigt werden können.

Nach eingehender Debatte wurden alle Anträge auf sofortige Einführung abgelehnt und die Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Zum Statut wurde ein Antrag des Centralvorstandes angenommen, wonach in Zukunft die besoldeten Gauleiter nur bei Neuanstellung auf den Gautagen gewählt werden, die Wiederwahl kann nur durch den Verbandstag erfolgen. In der Zwischenzeit eintretende Vakanz werden durch den Centralvorstand und den Ausschuß erledigt. Die Kündigungsfrist für die Gauleiter wird auf 6 Wochen festgesetzt. Die Besoldung erfolgt aus der Hauptklasse. Die Kosten der Gaultagungen haben die Filialen aus eigenen Mitteln zu tragen.

Die gesamten Kosten der Agitation übernimmt in Zukunft die Hauptklasse.

Besoldete Gauleiter werden neu angestellt im Gau Sachsen II und im Gau Braunschweig-Sarz-Hannover.

Eine Anzahl Anträge bezogen sich auf allgemeine Erhöhung der Beiträge. Sie fanden aber keine Annahme.

Ein Antrag vom Gau Rheinland-Westfalen, eine besondere Beitragsklasse von 10 Pf. für Jugendliche und Lehrlinge unter 16 Jahren einzurichten, wurde durch Annahme einer Resolution erledigt, durch die die Filialen verpflichtet werden, die Aufklärung der Jugendlichen im modernen Sinne zu fördern und ihnen das Fachorgan unentgeltlich zu liefern.

An die Hauptkasse sollen künftig nicht mehr 75, sondern 80 Proz. der Beiträge abgeliefert werden.

Die Anträge, die auf den Abschluß von Kartellverträgen mit ausländischen Organisationen abzielen, wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Beschlossen wurde ferner, daß die besoldeten Gauleiter, die, soweit sie nicht als Delegierte gewählt sind, auf den Verbandstagen zu erscheinen haben, an den Verhandlungen nur mit beratender Stimme teilnehmen dürfen.

Für die Redaktion einen besonderen Redakteur anzustellen, wurde abgelehnt. Dagegen wird dem Vorstande die Ermächtigung erteilt, sobald es notwendig wird, zur Unterstützung der beiden Angestellten im Hauptbureau eine Hilfskraft einzustellen.

Die Umzugsunterstützung erfuhr die Aenderung, daß sie in einem Jahre nur einmal bis zur Höhe von 30 Mk. gewährt wird.

Ein Antrag, mit dem Bauarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen, und ein Antrag, die Verschmelzung mit dem Verband der Asphaltreure herbeizuführen, wurde dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Von Dresden wurde verlangt, den Filialen zur Pflicht zu machen, für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Dies wurde den einzelnen Filialen überlassen. Abgelehnt wurde ein Antrag Berlin, dem Gewerkschaftskongreß einen Antrag zu unterbreiten, für die am 1. Mai Arbeitenden einen obligatorischen Beitrag einzuführen.

Die Berichterstattung vom Deutschen Gewerkschaftskongreß und vom Internationalen Gewerkschaftskongreß wurde abgelekt. Als Delegierter zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurde Hauptvorsitzender G. Diehl, zum Internationalen Kongreß Diehl und Piepenbring-Köln gewählt.

Roch-Braunschweig bemängelte das bisherige Sammelstufensystem der Generalkommission und hielt es für wünschenswert, daß ein anderer Modus für die Unterstützung anderer Gewerkschaften bei großen Kämpfen gefunden werde, vielleicht dadurch, daß der Gewerkschaftskongreß alle Gewerkschaften verpflichtet, den Beitrag um 5 Pf. wöchentlich zu erhöhen zur Ansammlung eines Kriegsfonds für die Generalkommission. In einem Beschluß erklärt sich der Verbandstag damit einverstanden, daß in besonderen Fällen Extrabeiträge für andere Gewerkschaften erhoben werden.

Die Gehälter der Beamten der Centrale wurden von 2000 Mk. Anfangsgehalt bis 3000 Mk. Endgehalt festgesetzt (bisher 2500 Mk.). Die jährliche Steigerung beträgt bis 2500 Mk. 50 Mk., dann 100 Mk. Das Anfangsgehalt der Gauleiter beträgt 2000 Mk. und steigt jährlich um 50 Mk. bis zum

Höchstbetrage von 2600 Mk. Den Filialen wurde empfohlen, die Gehälter der Lokalbeamten in der Weise zu regeln, daß das Anfangsgehalt 2000 Mk., das Endgehalt 2400 Mk., mit jährlichen Steigerungen von 50 Mk., beträgt.

Es folgten nunmehr die Wahlen. Als erster Vorsitzender wurde Georg Diehl-Frankfurt, als Kassierer Jakob Diehl-Frankfurt, als Ausschussvorsitzender Meerlein-Berlin wiedergewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Berlin statt. Damit hatte der Verbandstag seine Arbeit erledigt.

H. Silber Schmidt.

## Lohnbewegungen und Streiks.

### Die Tarifbewegung der Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Wiederum ist es der Organisation der deutschen Holzarbeiter gelungen, einen bedeutsamen Schritt vorwärts zu kommen und die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder in dem hochentwickeltesten Industriegebiet zu verbessern und durch Tarifvertrag festzulegen. Und nicht nur eine materielle Verbesserung ist zu konstatieren, sondern auch eine weitere Ausgestaltung des Tarifvertrages kann als Resultat der wochenlangen und schwierigen Verhandlungen berichtet werden.

Im Jahre 1908 machte sich der damals in besonderer Scharfmachertaktik machende Arbeitgeberbund für das westdeutsche Baugewerbe auch an die Organisation der Holzarbeiter heran, um ihr einen Tarifvertrag nach seinen „Prinzipien“ aufzuzwingen. Jedoch ist sein Vorhaben vereitelt worden, indem die Holzarbeiter nicht in die gestellte Falle hüpften. Den Unternehmern wurde die Sache schließlich zu langweilig und sie suchten durch ein Machtwort zu ihrem Ziele zu gelangen. Doch sie schnitten sich mit diesem Vorgehen in die eigenen Finger und mußten zuletzt neben der Preisgabe ihrer „prinzipiellen“ Anbelungsbestimmungen eine gehörige Portion materieller Verbesserungen bewilligen.

Das „glänzende“ Ergebnis jener klugen Taktik ist nicht ohne Rückwirkung auf die fernere Entwicklung der Unternehmerorganisation geblieben. Als der damals abgeschlossene Vertrag in den Kreisen der Arbeitgeber infolge der vorgesehenen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen eine recht fühlbare Wirkung ausübte, begann es mächtig zu kriseln, und die Folge davon war, daß sich eine Gegenorganisation durchsetzte, die beim Ablauf des Vertrages allen Ernstes nicht nur mit gehört sein wollte, sondern sogar die Führung an sich reißen wollte. Der Baubund hatte alle Hände voll zu tun, um den Streit nicht zur hellen Flamme entfachen zu lassen, während sein neuer Rivale, der sogenannte rheinisch-westfälische Tischler-Innungsverband, rücksichtslos aufs Ganze ging. Damit versündigte sich letzterer zwar an den Interessen der Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit, aber das schien ihm weniger wichtig als bei der bevorstehenden Tariferneuerung ein organisatorisches Geschäft zu machen. Es ist damit bewiesen, daß solche Treibereien nicht nur von gewissen Arbeiterzersplitterern möglich sind. Gegenüber dem ebenso anmaßenden wie kurzfristigen Verhalten des Innungsverbandes beobachtete der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eine desto klügere und zähere Taktik, um den Arbeitervertretern nicht das Gaudium der Uneinigkeit fortgesetzt vor Augen zu führen.

Auf Seiten der Arbeiter kamen neben dem Deutschen Holzarbeiterverband in Betracht der Centralverband christlicher Holzarbeiter und der Gewerksverein der Holzarbeiter (G.-V.). Es hätte vielleicht auch auf dieser Seite keines großen Kunststückes bedurft, um die organisatorischen Gegensätze zu entspannen und der Welt das Schauspiel des eigenen Unfriedens zu bieten, doch hielten sich alle Beteiligten von vornherein einer derartigen Taktik fern. Dieses wurde durch die Vorgänge des Bergarbeiterstreiks, die sowohl örtlich als zeitlich unmittelbar auf die Stimmung der Holzarbeiter einwirkten, noch in besondere Nähe gerückt. Wenn es trotzdem geglückt ist, bis zum endgiltigen Abschluß der Bewegung die widerstreitenden Geister in den Schranken zu halten, ist dieses nur das Verdienst aller in Frage kommenden Organisationsleitungen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß wahrscheinlich auch im vorliegenden Falle eine unangenehme Ueberraschung eingetreten wäre, wenn es sich im äußersten Ernstfalle um die Proklamierung des Kampfes hätte drehen müssen.

Die Verträge wurden seitens der Arbeiterorganisationen rechtzeitig gekündigt und hatten am 15. April dieses Jahres ihr Ende erreicht. Für die neuen Verträge mußten entsprechend der in den letzten Jahren erfolgten Vervollkommnung des Tarifvertragswesens im deutschen Holzgewerbe eine Reihe Verbesserungsbestimmungen gefordert werden, obwohl feststand, daß die Unternehmer des Industriebezirks vielleicht noch mehr, als es sonst der Fall ist, Gegner eines wirklich fortschrittlichen Tarifvertragswesens sind. In materieller Hinsicht mußte ein den Teuerungserhältnissen entsprechender Ausgleich angestrebt werden. Als dann aber die Verhandlungen einsetzten, rückten die Unternehmer ebenfalls mit ihren „Verbesserungsvorschlägen“ an und bald standen sich die Parteien mit ihren bindenden und strikten Erklärungen gegenüber, daß grundsätzlich von den erhobenen Forderungen nicht abgewichen werden könne. Gleich groß waren die Gegensätze wegen der von den Arbeitern geforderten Arbeitszeitverkürzung. Unter 9 Stunden pro Tag „gibts nichts!“ so schallte es herüber, und: Ohne Arbeitszeitverkürzung keinen neuen Vertrag! lautete die prompte Antwort. Da hieß es nun, die Ueberzeugung in die Reihen des Gegners hineinzutragen, daß der unheimlich scheinende Kampf mit Sicherheit den verlangten Ausgang zeitigen müsse und daß es ohne Kampf ein Abweichen von den erhobenen Forderungen nicht geben könne. Vom 13. März ab währten die Verhandlungen, in denen die Unternehmer Schritt um Schritt zurückgetrieben wurden, so daß endlich am 25. April ein für die Arbeiter befriedigendes Resultat zu konstatieren war. Die Unternehmer hatten im Laufe der Verhandlungen ihre sämtlichen Verschlechterungsanträge fallen lassen müssen und dafür die allermeisten Abänderungs- und Verbesserungsanträge der Arbeitervertreter akzeptiert. Die Herren hatten doch wohl keine Reigung, nachdem soeben ihre Kollegen aus Südwestdeutschland ebenfalls klugerweise einen friedlichen Abschluß ermöglicht hatten, nun ihrerseits die Kampfart hervorzuholen, und sie hatten auch anscheinend genaue Kenntnis davon, wie ihren Hamburger Kollegen im vorigen Jahre die selbstverschuldete Lektion bekommen ist. So kam es zu einer Verständigung über das Vertragsmuster und die allgemeinen Vertragsfragen und — nachher ebenso über Arbeitszeit und Lohn.

Das Ergebnis ersieht man aus folgender Tabelle:

Es wurde erreicht:

Ort	Arbeitszeitverkürzung		Lohn- erhöhung Pfg.	Vertrags- lohn steigt auf Pfg.
	um Stunden	auf Wochenid.		
Ahlen . . . . .	2	57	6	53
Bochum . . . . .	1	53	5	63
Borbeck . . . . .	2	54	5	60
Bottrop . . . . .	1	56	5	59
Dortmund . . . . .	1	53	5	63
Essen . . . . .	1	53	5	63
Gelsenkirchen . . . . .	2	54	6	59
Glabbek . . . . .	2	55	6	57
Hagen . . . . .	1	53	5	62
Haspe . . . . .	1	53	5	62
Hamborn . . . . .	3	56	6	57
Letmathe . . . . .	3	57	5	56
Lüdenscheid . . . . .	2	57	5	53
Lütjendortmund . . . . .	2	57	5	58
Delbe . . . . .	—	59	6	46
Redlinghausen . . . . .	2	54	6	59
Wanne . . . . .	3—4	56	5	58

Es ist sonach in den 4 Großstädten Bochum, Essen, Dortmund und Hagen-Haspe eine kürzere als die 54stündige wöchentliche Arbeitszeit erreicht worden, während die übrigen Orte mit 2 und 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung auch allmählich zu einer angemessenen Arbeitszeit gelangen. Das ist wieder ein Stück praktischer Arbeit auf dem Wege zum Achtstundentag, und in den Reihen der Holzarbeiter ist man im besonderen über den Erfolg in dieser Beziehung erfreut. Im Gesamtdurchschnitt des deutschen Holzgewerbes ist durch die in den letzten Jahren errungene beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit der Neunstundentag bereits in den meisten namhafteren Orten durchbrochen, indem Arbeitszeiten von 51, 52 und 53 Stunden pro Woche in den Großstädten für die überwiegende Arbeiterzahl durchgeführt sind. Und diese Entwicklung muß auch in Zukunft in gleichen Bahnen gehalten werden, weil durch die rapide Vervollkommnung der Maschinenteknik und die immer mehr um sich greifende Spezialisierung und Arbeitsteilung selbst zu Zeiten mittelmäßiger Konjunktur die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße gesteigert worden ist. Das beweist die Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes, welcher selbst in dem nicht zu den schlechtesten zählenden Jahre 1911 rund 1 Million Mark für Arbeitslosenunterstützung verausgabte.

Durch die erzielten Lohnerhöhungen kommen die Arbeiter des Industriebezirks mit ihren übrigen deutschen Kollegen verhältnismäßig vorwärts, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Vertragslöhne meistens als Mindestlöhne betrachtet und in der Praxis beträchtlich überschritten werden.

Das Gesamtergebnis spiegelt die kampffähige Organisation der Arbeiter wider, denn ohne diese hätten die Arbeiter zweifellos lange auf solche „freiwilligen“ Verbesserungen warten oder aber opferreiche Kämpfe dieserhalb führen müssen.

#### Eine neue Proteststreikbewegung in Rußland.

Am 4./17. April haben 110 russische Soldaten auf Befehl des Gendarmenrittmeisters Tereščtschenkow auf friedlich streikende Arbeiter der ostsibirischen Goldwäschereien vier Salven in einer Entfernung von zirka 100 Schritten abgefeuert. 250 Tote und ungefähr 270 Verwundete sind das Resultat

dieser Freveltat. Von der Gegenpartei ist — den Regierungsnachrichten zufolge — niemand auch nur irgendwie verleßt. Das konnte auch nicht geschehen, weil der Streik der Arbeiter ruhig und in geordneten Bahnen verlief. Aber die fünfwöchige Dauer desselben machte die Machthaber nervös.

In ganz Rußland beginnt eine Protestbewegung der Arbeiterschaft. Aus Petersburg, Kiew, Odessa, Nikolajew, Jelisawetgrad usw. kommen Nachrichten über Demonstrationstreiks. Trotz Unterdrückungen und beispielloser Verfolgungen zeigt die Arbeiterklasse Rußlands, daß sie lebt, daß sie die Waffen nicht niedergelegt hat und nicht niederlegen wird.

Ueber die Vorgeschichte und den Verlauf des Streiks bringen wir in der nächsten Nummer des „Correspondenzblattes“ einen ausführlichen Bericht.

## Audere Organisationen.

### Der zweite Streik.

Als 1910 der Streit der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen einen Umfang und eine Heftigkeit erreichte, die nicht mehr zu überbieten war, da legte sich der Kölner Erzbischof, Kardinal Fischer, ins Zeug und ermahnte in einem Hirtenbrief die beiden Richtungen zur Einigkeit. Er fand damit bei den Führern der christlichen Gewerkschaften wenig Gegenliebe. Ein Friede sei nicht möglich, hieß es, solange die katholischen Fachabteilungen bestehen bleiben. Das war Anfang 1910. Und als im September desselben Jahres von Seiten des Herrn Erzberger Vorschläge laut wurden bezüglich der Einsetzung einer Einigungskommission, da höhnte das Centralblatt der christlichen Gewerkschaften über den unberufenen „Friedensapostel“ und lehnte eine Einmischung von außen entschieden ab. Im November 1910 war Kardinal Fischer beim Papst in Rom und am 4. Dezember erließ er einen Hirtenbrief, worin er mitteilte, daß der Papst den beiden Richtungen innerhalb der katholischen Arbeiterbewegung „gleichmäßig neutral“ gegenüberstehe und daß es sein Wille sei, daß nunmehr endlich Friede zwischen den beiden Richtungen herrsche. Und zur Befräftigung dieses Willens richtete am letzten Tage des Jahres 1911 der Papst an Kardinal Fischer ein Schreiben, worin er den deutschen Bischöfen, die kurz vorher in Fulda versammelt gewesen waren, für ihre Einmütigkeit in der Vertretung der katholischen Sache dankt. Dann heißt es:

„Wir freuen uns, daß Ihr bezüglich der sozialen Frage sorgsam darauf bedacht gewesen seid, daß die heftigen Gegensätze und Fehden unter den beiden Gattungen der Arbeiterverbände beseitigt werden und daß Ihr zu diesem Zweck für beide Verbände gemeinsame Satzungen aufgestellt habt, die zu befolgen sind, damit sie in den beiderseitigen Gebieten für den wahren Vorteil der Arbeitgeber und Arbeiter, zum Heile der Religion und des Staatswohls sich bemühen.“

Gegenüber diesem Machtgebot aus Rom knieten die Führer und die Blätter der christlichen Gewerkschaften zusammen. Zehn Jahre lang hatten sie den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen, diese „Arbeiter-schädlinge“, diese „Streikbrecher“, diese „gelben Organisationen“ geführt — und jetzt, nachdem Rom gesprochen hatte, gelobten sie Frieden. Sie, die all die Jahre so großes Wesen gemacht hatten

über ihre „Selbständigkeit“ und „Unabhängigkeit“ nach der politischen wie nach der kirchlichen Seite hin, sie ließen es sich gefallen, daß die deutschen Bischöfe den christlichen Gewerkschaften Anweisungen verpflichtender Art gaben, wie sie ihr Verhältnis zu den katholischen Fachabteilungen und weiter auch zu den Arbeitgebern und zum staatlichen und wirtschaftlichen Leben einzurichten hatten. Die christlichen Führer sind damals der Marheit und der Wahrheit wegen darum angegangen worden, etwas Näheres über diese „gemeinsamen Satzungen“ mitzuteilen. Aber dazu reichte der „christliche Befennermut“ dieser Leute nicht. Das christliche „Centralblatt“ begnügte sich mit der Versicherung, daß jene Satzungen nicht die Grundsätze und die organisatorische und gewerkschaftliche Praxis der christlichen Gewerkschaften beeinflussten.

Herr Stegerwald, dem in solchen Fällen als Generalsekretär die Aufgabe zufällt, mit konfusen Tief-sinnigkeiten über unbequeme Dinge hinwegzureden, hat neben seinem Unge-schick auch noch außergewöhnliches Pech insofern, als eine von guten „Freunden“ bereitete Indiskretion seine Schliche ans Tageslicht zu bringen pflegt. So war es mit seinem Brief an den Verleger Wachen von der „Kölnischen Volkszeitung“, worin er über Bischof Storum loszog und sich als den Vertreter der „schlauren opportunistischen Richtung“ im Centrum aufspielte. So ist es jetzt mit den von ihm so ängstlich behüteten Beschlüssen der Fuldaer Bischofskonferenz vom Dezember 1910, die der „Rheinisch-Weisfalschen Zeitung“ von einem „herorragenden Mitglied des Augustinusvereins“ (der bekannten Organisation der Centrumpresse) mitgeteilt werden. Diese Beschlüsse lauten:

1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen sollen, ist die Forderung zu stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet berührenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteile des kirchlichen Hirtenamts unvereinbar ist.

2. Es muß gefordert werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebiets beschränken.

3. Es wird als notwendig erkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.

4. Von den katholischen Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschiedenheit und offener Kundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgentreten.

5. Das Urteil darüber, ob Gestaltung oder Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entspreche, bleibt

dem kirchlichen Hirtenamt überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl, wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verfeuern und in Kontraversfragen eine jede verletzende und verbitternde Behandlung zu vermeiden.

Das sind die „gewissen gemeinsamen Satzungen“, von denen der Papst in seinem Schreiben an Kardinal Fischer spricht. Nach Herrn Stegerwald beeinflussen sie die Grundätze und die organisatorische und gewerkschaftliche Praxis der christlichen Gewerkschaften nicht. Der Mann versucht seine Leute und die Öffentlichkeit zu täuschen. Denn es ist für jeden, der lesen kann und das Gelesene nicht absichtlich mißverstehen will, kein Zweifel, daß durch diese Beschlüsse die christlichen Gewerkschaften sich samt ihren Grundätzen und ihren praktischen Bestrebungen mit Haut und Haaren der Kirche verschrieben haben. Jeder Satz, und zwar der eine noch schärfer als der andere, enthält die Erklärung: Was die christlichen Gewerkschaften auch tun, sie unterstützen in allem der Vormundschaft der Kirche. Diese Tatsache läßt sich nach dem Bekanntwerden der Fuldaer Beschlüsse schlechterdings nicht mehr ableugnen, auch wenn es versucht wird, von viel geschickteren Leuten, als es Herr Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, ist.

Die Centrumspresse, soweit sie sachlich zu der Angelegenheit Stellung nimmt, spielt den Harmlosen und findet, daß die Fuldaer Beschlüsse nur Selbstverständliches enthalten. So schreibt das Bochumer Centrumsblatt, die „Westdeutsche Volkszeitung“, daß in den von den deutschen Bischöfen vorgetragenen Grundätzen nichts enthalten sei, was nicht längst im katholischen Deutschland und auch bei den Freunden der christlichen Gewerkschaften Gegenstand allgemeiner Anerkennung sei. Die „Trombonia“, das Dortmunder Centrumsblatt, meint, es sei doch selbstverständlich, daß die Kirche wünschen müsse, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ihre Maßnahmen trafen in Uebereinstimmung mit den katholischen Grundätzen; das wünsche und verlange die Kirche für alle ihre Mitglieder in allen Lebenslagen, und wenn sie das nicht täte, würde sie ihre Pflicht veräußen. Die christlichen Gewerkschaften hätten aber auch niemals etwas unternommen, das der christlichen Weltanschauung widerspreche, sie hätten im Gegenteil wiederholt von kirchlicher Seite die wärmste Empfehlung auf den Weg erhalten.

Vom letzten Satz ist das Gegenteil richtiger. Die christlichen Gewerkschaften sind bis in die jüngste Zeit der auf ihre Autorität haltenden Kirche ein Greuel gewesen. Weshalb denn sonst das Fuldaer Pastorale vom Jahre 1900; weshalb denn der Kampf der von Papst und Bischöfen begünstigten katholischen Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften; weshalb denn das Gelaufe und Gewinsele der christlichen Gewerkschaftsführer bei Papst und Bischöfen und Geistlichen, um Schonung für sich zu erbitten und den Zorn der hohen und höchsten Klerisei zu besänftigen. Jetzt erst, wo die christlichen Gewerkschaften sich vollständig der Kirche in aller Form untergeordnet haben, jetzt dürfen sie auf Duldung rechnen. Womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß die Ansprüche der Kirche befriedigt sind.

Der Gewährsmann der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ weiß nämlich zu berichten, daß gegenwärtig zwischen Rom, Breslau und Köln Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Wir können es dahingestellt sein lassen, ob diese Mitteilungen zutreffen, und können es auch in Ruhe abwarten, wie eine solche „endgültige Regelung“ ausfällt. Uns genügt das, was durch die Tatsachen erwiesen ist, daß die christlichen Gewerkschaften das mehr- und willenlose Werkzeug der römischen Klerisei sind. Was weiter kommt, kann höchstens diese Erfahrung bestätigen, ändern kann es nichts mehr daran.

A. E.

## Mitteilungen.

### Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

#### Anträge aus Mitgliederkreisen.

Karlsruhe.

71. „Bei Erwerbung der Mitgliedschaft kann vorübergehende oder auch Probetätigkeit in Anrechnung gebracht werden, wenn darauf Anspruch erhoben und für die zurückliegende Zeit die Beiträge entrichtet werden.“

\*

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Bremerhaven: Jensen, Heinrich, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.  
 Görlitz: Baumgart, Wilhelm, Redakteur.  
 Hamburg: Diegner, Karl, Angestellter des Bäckerverbandes.  
 „ Klose, Arthur, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.  
 „ Preuschoff, Herm., Angestellter des Bauarbeiterverbandes.  
 Kumbach: Schneider, Matthäus, Angestellter des Bauereiarbeiterverbandes.  
 Lüneburg: Jbing, Gustav, Redakteur.  
 Mülhausen: Frey, Jakob, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.  
 Nürnberg: Zwaista, Heinrich, Arbeitersekretär.

### Der Centralverband der Hausangestellten Deutschlands

sucht für seine Hauptverwaltung in Berlin zum sofortigen Antritt eine geeignete Agitatorin, die die Funktionen einer

#### zweiten Vorsitzenden

übernehmen kann. Gehalt nach Uebereinkunft, unter Berücksichtigung der Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Schriftliche Bewerbungen sind erbeten an den Hauptvorstand des Centralverbandes der Hausangestellten Deutschlands, Berlin, Michaelkirchplatz 1.

### Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 19 des „Corr.-Bl.“ wird die Arbeiterrechts-Beilage Nr. 5 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.